



Material



**Kommunale
Dreieckspartner-
schaften: Studie
zur Zusammenarbeit
mit Burkina Faso**

Impressum:

Herausgeber:
InWEnt gGmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.
Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn
Fon ++49/228/4460-1600, Fax++49/228/4460-1601,
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de
V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 32
Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy

Die vorliegende Publikation basiert auf der Studie:
"Handlungsrahmen und Finanzierungsmöglichkeiten der kommunalen Ent-
wicklungszusammenarbeit mit Burkina Faso"
Verfasser: Alexander Stroh, wissenschaftlicher Mitarbeiter des GIGA Instituts
für Afrika-Studien, beauftragt durch den Herausgeber.
Stand: 31.12.2007. Inkl. der Ergänzungen: 30.04.2008.

Redaktion: Anna Durst, Ulrich Held, Thomas Staiger, Dr. Stefan Wilhelmy

Druck: medienHaus PLUMP GmbH
100% Recyclingpapier

Bonn, 05.2008

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.

Das Pilotprojekt "Kommunale Dreieckspartnerschaften" wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen des Projekts "Entwicklungspolitische Bildung und kommunale Partnerschaften" gefördert.

Die Reihe "Material" wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz und das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Material

*Kommunale Dreieckspartnerschaften:
Studie zur Zusammenarbeit mit Burkina Faso*

Alexander Stroh
GIGA Institut für Afrika-Studien, Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1 Einleitung	7
2 Entwicklung und Dezentralisierung in Burkina Faso	9
a. Überblick über den Stand der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung	9
b. Überblick über den Stand der politischen Entwicklung	12
c. Dezentralisierung und Kommunalstrukturen	18
3 Entwicklungszusammenarbeit mit Burkina Faso unter besonderer Berücksichtigung der Dezentralisierung	29
a. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands: Schwerpunkte, Umfang und Stellenwert der Dezentralisierung	30
b. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Frankreichs: Schwerpunkte, Umfang und Stellenwert der Dezentralisierung	31
c. Deutsche und französische Entwicklungsorganisationen als mögliche Kooperationspartner der Dreieckspartnerschaften	32
4 Finanzierungsmöglichkeiten für deutsche Akteure kommunaler Entwicklungszusammenarbeit	37
a. Öffentliche Gelder aus Deutschland	37
b. Öffentliche Gelder aus Frankreich	38
c. Fördermittel der Europäischen Union	38
d. Private Zuwendungen	40
5 Zusammenfassung: Erfolgchancen und Risiken kommunaler Dreieckspartnerschaften	43
6 Annotierte Hinweise auf ausgewählte weiterführende Literatur und andere Informationsquellen	45
Anhang	45
Abkürzungen	48
Publikationen	50

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

kommunale Nord-Süd-Städtepartnerschaften leisten einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)/InWEnt gGmbH stärkt diesen durch Beratungsleistungen und die Förderung innovativer Ansätze innerhalb der Partnerschaftsarbeit. So auch durch das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Projekt „Kommunale Dreieckspartnerschaften“, das in einer Pilotphase die Zusammenarbeit von Kommunen aus Deutschland, Frankreich und Burkina Faso unterstützt.

Um im Rahmen dieses Projektes die Partnerschaftsarbeit auf eine solide und aktuelle Wissensgrundlage zu stellen, wurde die hier vorliegende Studie zu Burkina Faso in Auftrag gegeben. Denn kommunale Entwicklungszusammenarbeit erzielt insbesondere dann positive Ergebnisse in den Kommunen des Südens, wenn sie politische, soziale und ökonomische Bedingungen im Partnerland sowie die dominierenden Prinzipien und Schwerpunktsetzungen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt. Anderenfalls wird „gut gemeint“ schnell zum Gegenteil von „gut gemacht“.

Es freut mich sehr, dass wir mit Herrn Alexander Stroh einen versierten Experten für Burkina Faso aus dem renommierten „GIGA Institut für Afrika-Studien“ für diese Aufgabe gewinnen konnten. Aus den Betrachtungen zum Partnerland Burkina Faso leitet er Empfehlungen, insbesondere zum Kooperationsschwerpunkt Dezentralisierung, ab, die ebenso wie die Erläuterungen zu den Finanzierungsmöglichkeiten für Städtepartnerschaften Allgemeingültigkeit besitzen. So hat diese Studie ihren Wert auch über ihren Projektursprung hinaus.



Ulrich Nitschke

Leiter der Servicestelle Kommunen
in der Einen Welt/InWEnt gGmbH

Bonn, Mai 2008

1 Einleitung¹

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) macht nur einen Bruchteil des Finanzvolumens aus, das aus den Geberländern in die weniger und gering entwickelten Regionen der Erde fließt. Ihre gesellschaftliche Wirkung ist bei einem direkten dezentralen Kontakt einzelner Bürgerinnen und Bürger aus beiden Teilen der Welt zwar schwer messbar, aber möglicherweise sogar größer als bei Projekten der „professionellen“ staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Gerade die Tatsache, dass sich die kommunalen Akteure in ihrer Mehrzahl nicht hauptberuflich mit Entwicklungsförderung beschäftigen, macht den besonderen Charme dieses Vorgehens aus. Natürlich können kommunale Partnerschaften schon aufgrund des angedeuteten Finanzrahmens nie die professionelle Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ersetzen, sondern immer nur eine ergänzende Maßnahme sein. Ihre Wirkung sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Deshalb haben kommunale Akteure auch eine Verantwortung gegenüber den weniger entwickelten Partnerstrukturen. Sie können nur dann nachhaltige Unterstützung leisten, wenn die lokalen und internationalen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit kann zudem nicht als Einbahnstraße angelegt sein. Sie fördert nicht nur die Entwicklung in armen Ländern, sie ist immer auch ein gesellschaftliches „Entwicklungsprogramm“ für die Partner in den reicheren Ländern. Der etwas altmodisch anmutende Begriff der Völkerverständigung fasst diesen Gedanken zusammen: KEZ in Partnerschaftsform muss mit Lernbereitschaft, Offenheit und Toleranz für andere Verfahren, Herangehensweisen und Problemlösungsvorstellungen einhergehen – auch wenn es anstrengend ist.

Die Studie beginnt mit Informationen über die wesentlichen Entwicklungslinien der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik Burkina Fasos (Abschnitte 2 a. und b.). Besondere Bedeutung für die Akteure der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit kommt dabei den kommunalen Gegenstrukturen im afrikanischen Partnerland zu. Daher wird der Überblick um eine Betrachtung der aktuellen Dezentralisierungspolitik ergänzt (Abschnitt 2 c.). Anschließend folgt ein Perspektivenwechsel, der nun die Entwicklungszusammenarbeit selbst in den Fokus rückt. Als relevante Anknüpfungspunkte für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit aus Deutschland und Frankreich, zumal für die Dreieckspartnerschaften des SKEW-Projekts², wird die jeweilige bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit unter besonderer Berücksichtigung des Schwerpunktgebietes Dezentralisierung erläutert (Abschnitte 3 a. und b.). Daraufhin erfolgt die konkrete Identifizierung von Durchführungsorganisationen, die im Bereich der Dezentralisierung tätig sind und damit als potenzielle Ansprech- und Kooperationspartner vor Ort am ehesten in Frage kommen (Abschnitt 3 c.). Schließlich wird auch auf die finanziellen Ressourcen hingewiesen, die von deutschen KEZ-Akteuren eingeworben werden können (Abschnitt 4). Die Studie schließt mit einer zusammenfassenden ersten Einschätzung über die potenziellen Erfolgschancen und Risiken der kommunalen Entwicklungspartnerschaften im Dreieck Frankreich – Burkina Faso – Deutschland (Abschnitt 5) ab. Ergänzt wird das Dokument mit einer Übersicht zu ausgewählten Informationsquellen (Literatur, Internet; Abschnitt 6).

¹ Der Autor ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Afrika-Studien in Hamburg (www.giga-hamburg.de/iaa). Die politische Situation in Burkina Faso gehört zu seinen zentralen Forschungsgebieten.

² Informationen zur Struktur und den Akteuren des Projektes sind im Internet unter <http://www.service-eine-welt.de/dreieckspartnerschaften/dreieckspartnerschaften-start.html> abrufbar.

2 Entwicklung und Dezentralisierung in Burkina Faso

Burkina Faso zählt zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Seine gesellschaftlichen Spielregeln weichen von Europa in vielerlei Hinsicht ab und wirken dadurch mitunter befremdlich. Sein politisches System entspricht nicht allen demokratischen Standards. Effektive Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung stecken noch in den Kinderschuhen.

Diese Rahmenbedingungen machen KEZ mit burkinischen Partnern – wie mit den meisten Partnern in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt (*Least Developed Countries*, LDC)³ – zu einem ambitionierten Ziel. Gerade deshalb sollte man es angehen! Entwicklungspartner auf der kommunalen Ebene haben ganz andere Möglichkeiten des Zugangs zu Menschen als große, professionalisierte Geberorganisationen. Wenn die besonderen Bedingungen auf der europäischen Seite bekannt sind und angemessen berücksichtigt werden, kann der unmittelbare Austausch zwischen „ganz normalen Bürgerinnen und Bürgern“ eine sehr wertvolle, breitenwirksame Ergänzung der EZ sein. Hinzu kommen die wertvollen Kenntnisse und Kompetenzen im Umgang mit einer globalisierten Welt, die dabei auf kommunaler Ebene in Deutschland und Europa aufgebaut werden können. Dabei kommt es nicht so sehr auf den (finanziellen) Umfang und die messbare Effizienz der Zusammenarbeit, sondern auf die Stetigkeit und Verbundenheit im Rahmen der Kooperation an.

a. Überblick über den Stand der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

Zur Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung einer Volkswirtschaft werden in der Regel mehrere Standardindikatoren verwendet. Wachstumsraten wurden dabei zum Schlüsselbegriff. Burkina Faso kann seit 2001 mit einem beachtlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um jährlich etwa sechs Prozent glänzen, das nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) auch in den nächsten Jahren anhalten soll. Die Inflation ist unterdessen deutlichen Schwankungen unterworfen, im Mittel für afrikanische Verhältnisse jedoch sehr moderat. Burkina Faso profitiert von einer strengen, regional integrierten Geldpolitik. Acht Staaten sind in der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine, UEMOA) zusammengeschlossen⁴ und geben über die gemeinsame Zentralbank (Banque Centrale des Etats de l’Afrique de l’Ouest, BCEAO) die Gemeinschaftswährung Franc CFA aus. Diese wiederum verdankt ihre Stabilität der Absicherung durch den französischen Staat, der eine feste Anbindung des Francs CFA an den Euro garantiert.

Diese positiven Faktoren werden jedoch durch andere schwerwiegende Einflussfaktoren geschwächt. Einerseits frisst das sehr hohe Bevölkerungswachstum von rund drei Prozent pro Jahr fast die Hälfte des Wirtschaftswachstums auf. Wächst die burkinische Bevölkerung weiter in diesem Tempo, wird sie sich in nur 25 Jahren von heute 13,4 Millionen Menschen⁵ auf 28,1 Millionen mehr als verdoppelt haben. Gleichzeitig ist Burkina Faso durch den globalen Klimawandel von der Ausbreitung der Sahara nach Süden betroffen. Weide- und Ackerbauflächen, die ohne Bewässerung bewirtschaftet werden können, werden erheblich knapper. Eine Katastrophe für eine rasch wachsende Gesellschaft, die zu über 80 Prozent von der selbstversorgenden Landwirtschaft lebt. Des Weiteren stagniert die Handelsbilanz im Bereich von -10 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Der Wert aller exportierten Güter und Dienstleistungen ist sehr

³ LDC ist eine Abkürzung der Vereinten Nationen (VN). Die Zugehörigkeitskriterien wurden vom Wirtschafts- und Sozialrat der VN aufgestellt. Derzeit zählt das Büro des Hohen Vertreters der LDCs 50 Staaten zu den am wenigsten entwickelten Staaten der Erde. 34 liegen auf dem afrikanischen Kontinent, das sind 71 Prozent aller Staaten Schwarzafrikas.

⁴ Neben Burkina Faso gehören hierzu Benin, Elfenbeinküste, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal und Togo.

⁵ Hierbei handelt es sich ebenso wie beim Bevölkerungswachstum um die aktuellste Schätzung der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung in Hannover. Seit der staatlichen Unabhängigkeit im Jahre 1960 hat sich Bevölkerung bereits verdreifacht.

viel niedriger als der Wert der Importe. Burkina zieht also keinen volkswirtschaftlichen Gewinn aus dem Außenhandel, obwohl ein großer Teil der Produktion auf den Export ausgerichtet ist.

Baumwolle ist das mit großem Abstand wichtigste Exportgut. Laut Weltbank wurden mit ihr in den letzten Jahren über die Hälfte aller Ausfuhrerlöse erwirtschaftet. An weiterverarbeitender Industrie im Inland mangelt es, so dass ein großer Anteil der möglichen Wertschöpfung in ausländischen Kassen landet. Während die Baumwolle aufgrund einer relativ großen Weltmarktnachfrage noch einigermaßen floriert, leiden andere Bereiche der landwirtschaftlichen Produktion unter Missmanagement, den geographischen Bedingungen sowie unter Handelshemmnissen der EU und der USA. Das Beispiel einer großen Zuckerfabrik in Banfora mutet typisch an: Nach der Privatisierung brach das Unternehmen unter der Last verzerrter Handelsbedingungen zusammen; die einzigen Industriearbeitsplätze dieser Region gingen verloren.

Burkina Fasos geografische Lage als Binnenstaat ohne eigenen Hafen hat zur Folge, dass weite Transportwege zurückgelegt werden, die entweder auf schlecht ausgebauten Straßen oder auf der Schiene erfolgen müssen. Aus historischen Gründen wurde das Gros des Außenhandels über den Hafen der Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) in Abidjan abgewickelt. Die einzige Eisenbahnlinie des Landes verläuft von Kaya über Ouagadougou und Bobo-Dioulasso nach Abidjan. Aufgrund eines bewaffneten Konflikts im Nachbarland brach dieser Transportweg in den Jahren 2002/2003 zeitweise völlig zusammen und kam nur schleppend wieder in Gang. Der Bürgerkrieg im Nachbarland machte zeitweise auch den Transport auf der Straße unmöglich. In der Zwischenzeit musste auf die Häfen in Ghana, Togo und Benin ausgewichen werden, die nur auf der Straße erreichbar sind. Pläne, Ouagadougou per Schiene mit dem ghanaischen Kumasi zu verbinden, stehen noch nicht vor der Umsetzung. Ihre Finanzierung ist ungewiss.

Gleichzeitig wird in der Hauptstadt in erstaunlichem Umfang in zweifelhafte Prestigebauten investiert. Ort des Geschehens ist die Retortenstadt Ouaga 2000, für die an der südlichen Stadtgrenze ein weites Areal infrastrukturell vorbildlich erschlossen wurde, das nun langsam mit Regierungsgebäuden, Botschaften, Luxushotels und Privatvillen aufgefüllt wird. Höchst fragwürdige Höhepunkte der derzeitigen Entwicklung sind ein funktionsloser Turmbau, der an den Pariser Eiffelturm erinnert, und die erste kreuzungsfreie Straßenquerung des Landes. Unterdessen ist die Regionalhauptstadt Dédougou noch nicht an das Teerstraßennetz angeschlossen. Bevölkerungreiche Stadtteile Ouagadougous (zum Beispiel Nonsin) versinken bei Regen im Schlamm und sind teilweise nicht an das Stromnetz angeschlossen. Die wirtschaftliche Entwicklung konzentriert sich also weitgehend auf die Hauptstadt und lässt selbst dort breite Bevölkerungsschichten außen vor.

In Burkina dominiert – wie in der gesamten Region – aufgrund des Mangels an formalen Arbeitsplätzen der sogenannte informelle Beschäftigungssektor. Vereinfacht und eher optimistisch ausgedrückt handelt es sich um selbständige Kleinunternehmer, die sich vor allem mit Handel über Wasser zu halten versuchen. So manche kreative Geschäftsidee scheitert jedoch schon an den fehlenden Investitionsressourcen. Umsatz- oder Gewerbesteuer werden aus informellen Minimaleinkommen nicht gezahlt. Eine Absicherung durch etwaige Sozialversicherungssysteme findet nicht statt. Eine nachhaltige Erhöhung des Lebensstandards kann vom informellen Handel nicht ausgehen. Obwohl bei der Armutsbekämpfung nach den Angaben der Weltbank erhebliche Fortschritte gemacht wurden, lebte 2005 noch immer rund ein Drittel der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze. Das international anerkannte Maß für absolute Armut liegt bei einem täglichen Einkommen unter einem US-Dollar. Die Weltbank gibt diesbezüglich folgende Bevölkerungsanteile für die jüngere Entwicklung an: 1995 = 51,4 Prozent; 2000 = 44,9 Prozent; 2005 = 27,2 Prozent⁶.

⁶ World Bank Development Indicators Database, April 2007, http://ddp-ext.worldbank.org/ext/ddpreports/ViewSharedReport?&CF=&REPORT_ID=1336&REQUEST_TYPE=VIEWADVANCED; Alle weiteren Zahlenangaben in diesem Abschnitt gehen – soweit nicht anders angegeben – auf die gleiche Quelle zurück. Die Weltbank greift bei ihren Angaben immer auf Meldungen der nationalen Behörden zurück, deren Zuverlässigkeit nicht unkritisch beurteilt werden sollte.

Für medizinische Versorgung und Bildungsausgaben stehen unter diesen Bedingungen in den meisten Haushalten – wenn überhaupt – nur sehr geringe finanzielle Mittel zur Verfügung. Gleichzeitig ist der finanziell schwache Staat nicht in der Lage, flächendeckend eine öffentliche Versorgung mit Gesundheitsschutz und Bildung zu gewährleisten. Der burkinische Staat verfügte im Jahr 2006 über Haushaltsmittel in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro, von denen sich über 40 Prozent aus ausländischen Zuwendungen speisten (je rund zur Hälfte Kredite bzw. rückzahlungsfreie Entwicklungshilfe)⁷.

Kaum ein Drittel der Fünfzehn- bis Vierundzwanzigjährigen kann lesen und schreiben. Der Anteil der Bevölkerung mit effektivem und angemessenem Zugang zu medizinischer Versorgung wird auf 13 Prozent geschätzt. Jedes fünfte Kind stirbt, bevor es sein fünftes Lebensjahr vollendet hat. Frauen haben im Allgemeinen einen noch schlechteren Zugang zu Bildung und Gesundheit als Männer. Sie sind zusätzlich besonderen gesundheitlichen Risiken durch Polygamie und Promiskuität (HIV/AIDS), problematische Entbindungsbedingungen sowie rituelle Verstümmelungen äußerer Geschlechtsorgane ausgesetzt. Nach einer repräsentativen Umfrage des Hamburger Forschungsinstituts GIGA aus dem Jahre 2006 leben rund 30 Prozent der Bevölkerung in polygamen Verbindungen. Genitalbeschneidungen sind seit 1996 gesetzlich zwar verboten, aber noch immer weit verbreitet. Eine diesbezügliche Strafverfolgung ist vor allem im ländlichen Bereich aufgrund der Schwäche der Justiz nicht gewährleistet (siehe Abschnitt 2.b).

Die Liste der sozioökonomischen Probleme ließe sich noch verlängern, was Burkina Faso nach den Maßstäben des *Human Development Reports 2007/2008*, der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) herausgegeben wird, auf Platz 176 von 177 erfassten Staaten zurücklässt. Nur das Postkonfliktland Sierra Leone – also ein ehemaliger Bürgerkriegsschauplatz – ist demnach noch weniger entwickelt als Burkina. Im Teilbereich „Bildung“ dieses Messinstruments erreicht Burkina sogar den weltweit schlechtesten Wert, wodurch der Gesamtindex des Landes deutlich nach unten gezogen wird. Nach der reinen Wirtschaftsleistung bemessen, läge Burkina Faso 17 Plätze weiter vorne.

Gesellschaftsstrukturell unterscheiden sich teilmodernisierte Großstädte (Ouagadougou, Bobo-Dioulasso), in denen etwa 15 Prozent der Bevölkerung leben, von den ländlichen Gebieten, in denen traditionelle Strukturen das Alltagsleben dominieren. Das gesellschaftliche Leben wird überwiegend von Männern bestimmt, die je nach Alter (ausgeprägtes Senioritätsprinzip) und sozialem Stand (Rolle des Clan- oder Dorfchefs; teilweise religiöse Führer, insbesondere muslimische Imame) hierarchische Positionen einnehmen. Die Struktur der Hierarchie (steiler oder flacher, strenger oder loser) ist nach Region und kulturellem Kontext verschieden.

In Burkina Faso leben Angehörige mehrerer Dutzend ethnischer Gruppen, die sich in acht Obergruppen zusammenfassen lassen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung gehört den Mossi an, der größten und einflussreichsten Gruppe. Daneben sind die Gurma (französisch *Gourmantché*), Fulbe (*Peul*), Bobo, Samo, Senufo, Gurunsi, Lobi und Tuareg zu nennen, von denen keine mehr als zehn Prozent der Bevölkerung ausmacht. Ritualisierte Scherzbeziehungen, die das gegenseitige Verspotten erlauben, tragen zum unproblematischen Miteinander bei.

Exklusive Siedlungsgebiete gibt es schon lange nicht mehr. Ethnische Zugehörigkeit ist nicht primordial und unveränderlich gegeben, sondern beweglich. Es handelt sich um eine soziale Konstruktion, die sich aus einer Mischung von Selbstzuschreibung, Fremdzuschreibung und Abstammung ergibt. Das wohl stärkste Identifikationsinstrument ist die Sprache. Allerdings beherrschen viele Burkiner mehrere afrikanische Sprachen (mündlich) fließend, da sie von klein

⁷ Die Staatskasse konnte also pro Einwohner ca. 89 Euro ausgeben. Im Vergleich hatte die Bundesrepublik Deutschland im gleichen Jahr ca. 3 155 Euro pro Einwohner zur Verfügung. Zu beachten ist, dass bei den Zuwendungen aus dem Ausland nur diejenigen gezählt sind, die durch den Staatshaushalt fließen. Spenden privater Hilfsorganisationen, direkt finanzierte Sachleistungen, Direktinvestitionen ausländischer Unternehmer und Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Burkinerinnen und Burkinern sind dabei natürlich nicht berücksichtigt.

auf mit einer ethnischen Mischsituation konfrontiert waren. Mossi leben inzwischen in allen Landesteilen, die anderen ethnischen Gruppen sind schon aufgrund ihrer geringeren Größe teilweise stärker örtlich konzentriert. Städtische Gebiete sind grundsätzlich durchmischte. Anders als in anderen afrikanischen Staaten kam es in Burkina Faso noch nie zu größeren Konflikten, bei denen ethnische Unterschiede eine bedeutende Rolle gespielt hätten. Es sind eher die unterschiedlichen Betätigungsfelder, die aufgrund einer unklaren Rechtslage und fehlender Rechtssicherheit im Zuge steigender Bevölkerungszahlen und klimatisch bedingt sinkender Weide- und Ackerflächen zu lokal begrenzten Konflikten führen und künftig häufiger führen könnten. Das klassische Beispiel sind Streitigkeiten zwischen seminomadischen Fulbe und sesshaften Mossi um die Landnutzung. Fulbe züchten traditionell mehrheitlich Vieh für die Fleisch- und Milchproduktion und suchen hierfür geeignetes Weideland. Der Klimawandel treibt sie dabei immer weiter nach Süden, wo kleinbäuerliche Mossi ihr Ackerland vom Vieh bedroht sehen. Diese ökonomischen Kleinkonflikte sollten aber keinesfalls zu einem generellen ethnischen Konflikt hochstilisiert werden. Die große Mehrheit der Burkinerinnen und Burkiner lebt unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit friedlich miteinander oder zumindest nebeneinander.

Die kurze Beschreibung der wirtschaftlichen Lage verdeutlicht, dass es viele Ansatzpunkte für jegliche Art der internationalen Unterstützung in Burkina Faso gibt. Wichtig dabei ist, dass es nicht zu einer Entfremdung der Betroffenen kommt. Projekte sollten daher im Dialog entstehen, von der Bevölkerung gewünscht sein und sich möglichst in ein Gesamtkonzept einpassen. Kleinprojekte, beispielsweise in den Bereichen Infrastrukturverbesserung, Gesundheitsversorgung oder Schulbau, sind gerade außerhalb der größeren Städte in Burkina Faso nach wie vor sinnvoll, solange die direkte Einbeziehung der lokalen Verantwortungsträger und eine Eigenleistung der Bevölkerung von der KEZ sichergestellt wird.

b. Überblick über den Stand der politischen Entwicklung

Das heutige Staatsgebiet Burkina Fasos geht auf das Verwaltungsterritorium Obervolta im Kolonialgebiet Französisch-Westafrika (*Afrique Occidentale Française*, AOF) zurück. Das Gebiet gehörte aufgrund der ungünstigen Lage und Rohstoffarmut zu den weniger bedeutenden Territorien von AOF. Dennoch wurde eine Aufteilung der Verwaltungseinheit unter den drei Nachbarterritorien 1947 nach fünfzehn Jahren rückgängig gemacht. In diesen Grenzen erlangte die Republik Obervolta 1960 noch unter dem kolonialen Namen die staatliche Unabhängigkeit. Den Namen Burkina Faso – „Land der Aufrichtigen“ – erhielt es erst im August 1984⁸.

Der burkinische Staatspräsident wurde im Laufe der Geschichte noch nie durch demokratische Wahlen ausgetauscht. Der erste Präsident Maurice Yaméogo rückte bei der Unabhängigkeit automatisch vom Chef der autonomen Territorialregierung zum Staatschef auf. Das Ende seiner Herrschaft wurde 1966 durch einen Generalstreik eingeleitet, schließlich aber vom Militär besiegelt. Seither hat es kein Zivilist mehr an die Staatsspitze geschafft. Führungswechsel kamen ausschließlich durch Putsch zutage. Der Nachfolger Yaméogos, General Aboubakar Sangoulé Lamizana, wurde von Oberst Saye Zerbo 1980 gestürzt. Dieser konnte sich nur zwei Jahre an der Macht halten, bevor ihn Oberstabsarzt Jean-Baptiste Ouédraogo mit maßgeblicher Unterstützung von den Hauptmännern Thomas Sankara und Blaise Compaoré absetzte. Sankara wiederum putschte 1983 gegen Ouédraogo und wurde selbst 1987 unter mutmaßlicher Mitverantwortung seines langjährigen Weggefährten und Nachfolgers Compaoré ermordet. Bis heute ist das Militär ein bedeutender Machtfaktor in Burkina Faso. Ein deutliches Signal setzt-

⁸ Wenn nicht anders angegeben, wird zur Vereinfachung der Name Burkina Faso auf die gesamte Existenz des unabhängigen Staates einschließlich der Periode von 1960 bis 1984 angewendet.

ten zuletzt die Ereignisse im Dezember 2006 als verärgerte Einheiten des Militärs nach einem Konflikt mit Polizeikräften in der Hauptstadt Ouagadougou und in anderen Teilen des Landes Straßenbarrikaden errichteten und ihre Macht demonstrativ durch Kontrollen, Einschüchterungen und Schüsse in die Luft zur Schau stellten.

Die Militärdiktatur Thomas Sankaras (1983-87) wird bis heute mit einer Zeit des sozialrevolutionären Aufbruchs verbunden. Massive sozialistisch und antiimperialistisch gefärbte Modernisierungsmaßnahmen sollten zur Entwicklung des Landes führen. In diese Phase fällt auch die symbolkräftige Umbenennung des Landes. Allerdings kam es auch zu erheblichen Menschenrechtsverletzungen und Ermordungen von Regimekritikern. Die Rechte und der Einfluss der traditionellen Autoritäten sollte nachhaltig beschnitten werden, da Sankara in ihnen ein Entwicklungshindernis sah. Heute gelten das Aufbegehren gegen die Träger tradierter Machtstrukturen und der Versuch, die für kleine, mächtige Zirkel sehr profitable Pfründewirtschaft aufzubrechen, als die Hauptgründe für das blutige Ende der kurzen Ära Sankara.

Der bis heute amtierende Staatspräsident Blaise Compaoré war 1987 angetreten, den revolutionären Kurs zu „berichtigen“ („*rectification de la révolution*“), indem er den Einfluss traditioneller Autoritäten anerkannte und vom autozentrierten Entwicklungskurs abrückte, um auf Strukturanpassungsforderungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds einzugehen. Als sich Ende der 1980er Jahre das internationale politische Klima veränderte, reagierte auch das bislang geschlossene Militärregime Compaorés mit politischen Liberalisierungsmaßnahmen. Die starke inländische Demokratisierungsbewegung konnte zwar Einfluss auf die politische Öffnungsbewegung nehmen, musste sich aber zunächst mit Teilerfolgen zufrieden geben. 1991 wurde per Referendum eine neue Verfassung verabschiedet, die noch im gleichen Jahr die ersten Präsidentschaftswahlen seit 1978 zuließ. Die Wiederzulassung von mehreren politischen Parteien und schließlich erste freie Parlamentswahlen folgten im Jahr darauf.

Demokratische Standards konnten jedoch bei keiner der Abstimmungen zufriedenstellend erfüllt werden. An der Präsidentschaftswahl 1991 hatte sich nur ein Viertel der registrierten Wahlberechtigten beteiligt. Einziger Kandidat war Blaise Compaoré. Bei der Parlamentswahl konnte sich die neue Präsidentenpartei ODP/MT (*Organisation pour la Démocratie Populaire/Mouvement du Travail*) auf die Organisationsstrukturen des Revolutionsregimes im ganzen Land stützen und sich bei ebenfalls niedriger Wahlbeteiligung mit 48,5 Prozent der Stimmen über 70 Prozent der Sitze sichern. Bei den zweiten Wahlen 1997 erhöhten sich beide Anteile durch eine Fusion der ODP/MT mit zahlreichen kleineren Parteien zur CDP (*Congrès pour la Démocratie et le Progrès*) und durch unfaire Wettbewerbspraktiken auf 68,6 Prozent der Stimmen und 91 Prozent der Sitze. Auch die zweite Präsidentschaftswahl ein Jahr später, bei der erstmals nach zwanzig Jahren wieder mehrere Kandidaten antraten, ging bei einer offiziellen Wahlbeteiligung von 56 Prozent überdeutlich zugunsten von Compaoré aus (87,5 Prozent).

Kurz nach der zweiten Präsidentschaftswahl geriet die politische Führung erneut unter massiven Reformdruck. Die Ermordung des kritischen Journalisten Norbert Zongo, Gründer und Herausgeber der Wochenzeitung *L'Indépendant*, wurde zum Auslöser von Massenkundgebungen, zu denen zivilgesellschaftliche Gruppen (Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen) und die parteipolitische Opposition (Parteiengruppe des 14. Februar (G14)) gemeinschaftlich aufgerufen hatten. Sie vermuten, dass in seine Ermordung höchste staatliche Stellen verwickelt sind. Ein entsprechendes Ermittlungsverfahren wurde jedoch im Jahr 2006 eingestellt, was erneut Proteste inländischer und internationaler Nichtregierungsorganisationen (unter anderem der Journalistenvereinigung *Reporters Sans Frontières*) auslöste. Allerdings kam es nicht mehr zu Massendemonstrationen wie im Jahr 1998.

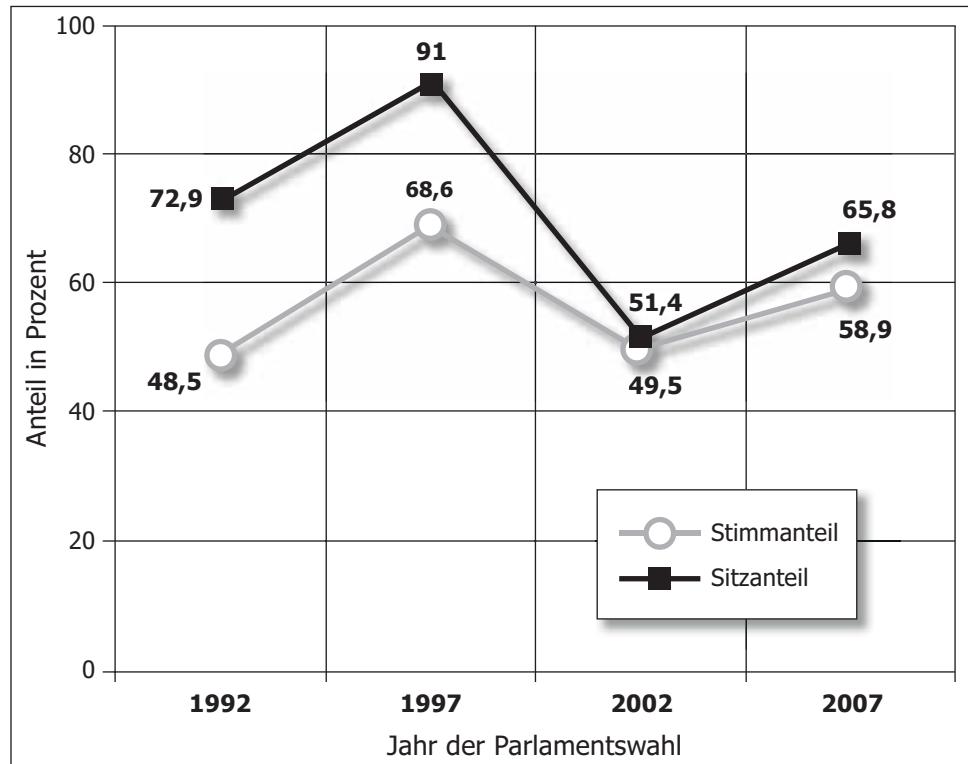
**Abbildung 1:
Karikatur zur
langjährigen
Präsidentschaft
Compaorés**

Jacques Chirac (li., auf dem Buch: „12 Jahre sind zu viel“): „Kein Verfassungsartikel 37 verbietet mir eine erneute Präsidentschaftskandidatur und trotzdem hindern mich alle daran.“, Blaise Compaoré (re., auf dem Buch: „20 Jahre reichen nicht“): „Auf jeden Fall ist so ein Artikel 37 hochexplosiv.“
Quelle: Damien Glez, Journal du Jeudi (Ouagadougou), Nr. 805, 22.2.2007



**Abbildung 2:
CDP – Anteile
der abgegeben
gültigen
Stimmen und
der Mandate in
der National-
versammlung
seit der Rück-
kehr zum Mehr-
parteiensystem**

Quellen: 1992 und 1997: Grotz, Florian 1999: Burkina Faso, in: Nohlen et al. (Hg.): Elections in Africa, Oxford: Oxford University Press, 124-141. 2002 und 2007: CENI-Dokumente (vorläufige amtliche Ergebnisse).

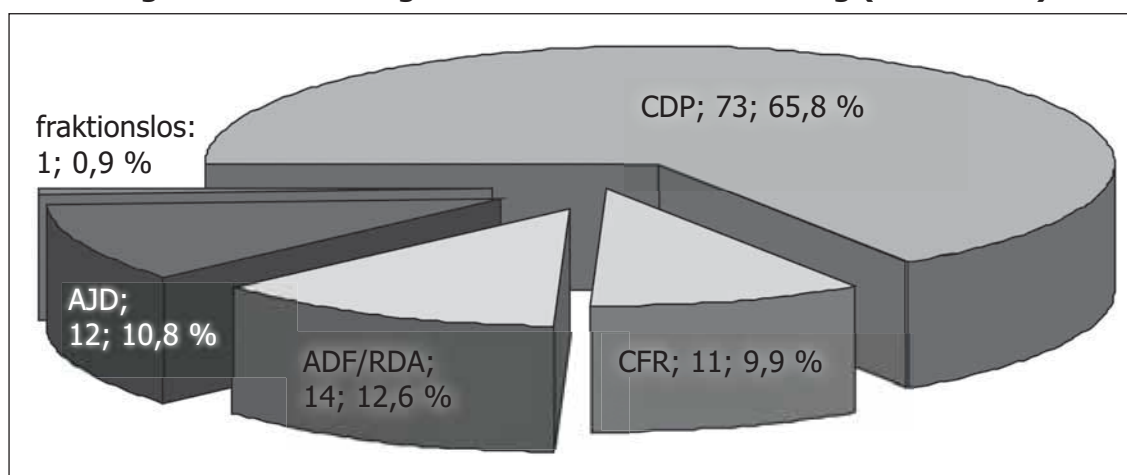


Damals sorgte der Druck des sogenannten Kollektivs der demokratischen Massenorganisationen und politischen Parteien (*Collectif des organisations démocratiques de masse et de partis politiques*, Zivilgesellschaft + G14) für weitere Demokratisierungsmaßnahmen. Insbesondere das Wahlrecht wurde in mehreren Aspekten so verändert, dass die Chancen der Opposition stiegen, einen angemessenen Einfluss zu gewinnen. Tatsächlich reduzierte sich die Parlamentsmehrheit der CDP bei den Wahlen 2002 deutlich. Mit 51 Prozent der Sitze lag sie nur noch einen Sitz über der absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung. Die Opposition konnte deutlich zulegen, war aber der Konkurrenz durch weitere regierungsnahen Parteien ausgesetzt.

Die jüngste Entwicklung steht auf nationaler Ebene jedoch eher für Rückschläge im Demokratisierungsprozess. Einerseits konnte Blaise Compaoré durch einen verfassungsrechtlichen Trick die Beschränkung des Staatspräsidenten auf zwei Amtszeiten umgehen und sich 2005 zum dritten Mal mit einer Mehrheit von über 80 Prozent wählen lassen (vgl. Abbildung 1). Andererseits wurde das Parlamentswahlrecht erneut zugunsten der regierenden CDP verändert, so dass der Verzerrungseffekt zwischen Stimmen- und Sitzanteil bei den Parlamentswahlen 2007 wieder anstieg. Die CDP hält nun knapp zwei Drittel der Sitze bei einem Stimmanteil von unter 60 Prozent. Abbildung 2 fasst die Wahlergebnisse der CDP seit 1991 zusammen. Der Abstand zwischen den Linien weist dabei auf die Größe des Verzerrungseffekts hin.

Das präsidentielle Regierungssystem Burkina Fasos macht die Exekutive zum Machtzentrum. Der Premierminister wird weder vom Parlament gewählt noch bestätigt, sondern ebenso wie alle anderen Minister vom Staatspräsidenten eingesetzt, der selbst oberster Chef der Regierung ist. Die Nationalversammlung spielt im realen politischen Kräfteverhältnis nur eine nachgeordnete Rolle. Derzeit verteilen sich die 111 Sitze auf vier Fraktionen, in denen insgesamt zwölf Parteien vertreten sind. Auf die Fraktion der Regierungspartei CDP entfallen 73 Sitze, auf die zweitstärkste Partei im Parlament ADF/RDA (*Alliance pour la Démocratie et la Fédération/Rassemblement Démocratique Africain*) 14, auf die Parteien der bunt gemischten Oppositionsfraktion AJD (*Alliance pour la Justice et la Démocratie*) 12 und auf den Block der präsidentennahen Parteien CFR (*Coalition des Forces Républicaines*) 11 Sitze. Hinzu kommt ein fraktionsloser Abgeordneter. Gemeinsam mit der CFR verfügt die CDP also über eine sichere Zweidrittelmehrheit, die Verfassungsänderungen möglich macht (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Sitzverteilung in der Nationalversammlung (Fraktionen)



Angaben: Fraktion; Sitze; Sitzanteil. Quelle: Amtliches Ergebnis (CENI, 2007).

Da die funktionale Trennung von Regierung und Opposition undeutlicher bleibt als in parlamentarischen Regierungssystemen wie demjenigen der Bundesrepublik Deutschland, kam es in Ouagadougou zu einem paradoxen Streit um die Oppositionsführerschaft. Das Prinzip des offiziellen Oppositionsführers ist nach Vorbild des Westminsterparlamentarismus gesetzlich geregelt. Der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion soll dieses Amt übernehmen. Allerdings beruht das britische Vorbild auf genau derjenigen klaren Trennung von Regierungs- und Oppositionsfraktionen im Parlament, die dem burkinischen System fremd ist.

Informell werden Parteien der sogenannten moderaten Opposition und der sogenannten radikalen Opposition unterschieden. Führende Kraft der moderaten Opposition ist die ADF/RDA. Das Verhältnis der selbsternannten moderaten Opposition zur Regierung ist allerdings mitunter problematisch. Insbesondere die ADF/RDA, die den Posten des Oppositionsführers beansprucht, erfüllt kaum das parlamentarische Oppositionsverständnis. Zunächst hatte die Partei bei den Präsidentschaftswahlen 2005 auf einen eigenen Kandidaten verzichtet und unter ihrem eigenen Symbol – dem Elefanten – für die Wiederwahl des formal parteilosen Blaise Compaoré geworben. Dafür wurde der Vorsitzende der ADF/RDA mit einem Ministerposten in der Regierung Compaorés belohnt. Gleichzeitig argumentiert die Partei jedoch damit, sie sei ein parlamentarischer Gegner der CDP, und wird auf dieser Grundlage vom CDP-dominierten Parlamentspräsidium weiterhin als Oppositionsführerin anerkannt. Freilich handelt es sich bei dem bizarren Schauspiel um eine eher symbolische Streitfrage, da die Funktion des Oppositionsführers mit keinerlei Sonderrechten oder materiellen Privilegien verbunden ist. Dennoch verdeutlicht sie zweierlei: Einerseits den Mangel an Funktionalität der burkinischen Legislative und andererseits das Patronagepotenzial der Regierung.

Die burkinische Justiz steht unter heftiger Kritik. Trotz ihrer formalen Unabhängigkeit berichtet der aktuelle Report des Bertelsmann Transformation Index (BTI) von einem starken Einfluss der Regierung auf das Rechtswesen. Richterberufungen und -beförderungen werden von der Regierung gesteuert⁹, richterliche Entscheidungen beeinflusst oder nur selektiv durchgesetzt. Das Justizwesen leidet unter Korruption, schlechter Ausstattung und unzureichender Ausbildung. Rechtssicherheit ist daher nicht gegeben. Insbesondere die ländliche Bevölkerung kann sich nicht auf die Durchsetzung geltenden Rechts durch die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden verlassen. In ländlichen Gebieten dominieren daher weiterhin traditionelle Rechtsauffassungen und Streitbeilegungsmechanismen, die in Teilen nicht mit universellen Menschenrechtsvorstellungen vereinbar sind. Als Beispiel kann die Genitalverstümmelung bei Mädchen (Beschneidung der äußeren Klitoris) gelten, die seit 1996 zwar gesetzlich verboten und unter empfindliche Strafen gestellt wurde, aber trotz öffentlichkeitswirksamer Regierungskampagnen bis heute weit verbreitet ist. Auch andere Formen häuslicher Gewaltanwendung bleiben in aller Regel ungestraft.

Der ausgeprägten Dominanz des präsidialen Machtapparats, in dem die realen Grenzen zwischen Mehrheitspartei CDP, Regierung, Verwaltung sowie Teilen der Wirtschaft verschwimmen, und der Schwäche von Parlament und Justiz stehen eine debattenfreudige und erstaunlich kritische Presse und Zivilgesellschaft gegenüber. Zweifelsohne gibt es auch unter den Medien regierungstreue Organe und Selbstzensur, jedoch gilt sogar die staatseigene Tageszeitung *Sidwaya* als einigermaßen kritisch, sofern es sich nicht um direkte Kritik am Staatsoberhaupt handelt. Die beiden privaten Tageszeitungen *L'Observateur Paalga* und *Le Pays* berichten ebenfalls relativ offen. Daneben sind insbesondere die Wochenzeitungen *L'Indépendant* des ermordeten Journalisten Zongo und *L'Évènement* als besonders kritische Stimmen bekannt. Das satirische Wochenblatt *Journal du Jeudi* nutzt Humor und Karikaturen (siehe Abbildungen 1 und 6) als besondere Mittel, die es sogar ermöglichen, hintergründige Kritik am Präsidenten zu üben.

⁹ Es wird häufig berichtet, dass eine Karriere in allen Teilen des öffentlichen Dienstes sowie in staatseigenen und staatsnahen Betrieben ohne eine Mitgliedschaft in der CDP nicht möglich oder zumindest erheblich erschwert ist.

Allerdings richten sich die Printmedien an eine kleine, urbane Elite. Insbesondere die privaten Tages- und Wochenzeitungen sind außerhalb der großen Städte kaum zu erhalten. Zudem verhindert die hohe Analphabetenrate eine breite Wahrnehmung der Berichterstattung.

Unter diesen Umständen ist es wichtiger, auch von Redakteuren des staatlichen Radios zu hören, dass eine direkte Einflussnahme der Behörden oder aus Regierungskreisen im Allgemeinen nicht vorkommt, bestimmte Grundregeln aber vorbeugend eingehalten werden (zum Beispiel keine direkte Präsidentenkritik). Private Radiostationen klagen jedoch über Einschüchterungsmaßnahmen der Sicherheitskräfte und ziehen sich meistens auf unkritische Berichte (Selbstzensur) und Musiksendungen zurück. Für das weniger verbreitete Fernsehen gilt ähnliches. Das renommierte US-amerikanische Demokratieforschungsinstitut *Freedom House* bewertet die Pressesituation im Allgemeinen als „teilweise frei“. Burkina Faso erhält 38 Punkte auf einer Skala von 0 bis 100, die mit steigendem Wert eine geringere Pressefreiheit angibt. Das Land liegt damit beispielsweise deutlich vor der Türkei (48), aber hinter den „pressefreien“ Nachbarländern Benin (30), Mali (24) und Ghana (28).¹⁰

Unter den zivilgesellschaftlichen Organisationen nehmen nicht alle eine kritische Haltung ein. Die größte politische Bedeutung kommt den Gewerkschaften und der Menschenrechtsorganisation MBDHP (*Mouvement Burkinabè des Droits de l'Homme et du Peuple*) zu, da beide über ein relativ weit verzweigtes Organisationsnetz ehrenamtlicher Mitarbeiter verfügen. MBDHP ist dabei landesweit deutlich besser aufgestellt als die allermeisten politischen Parteien.

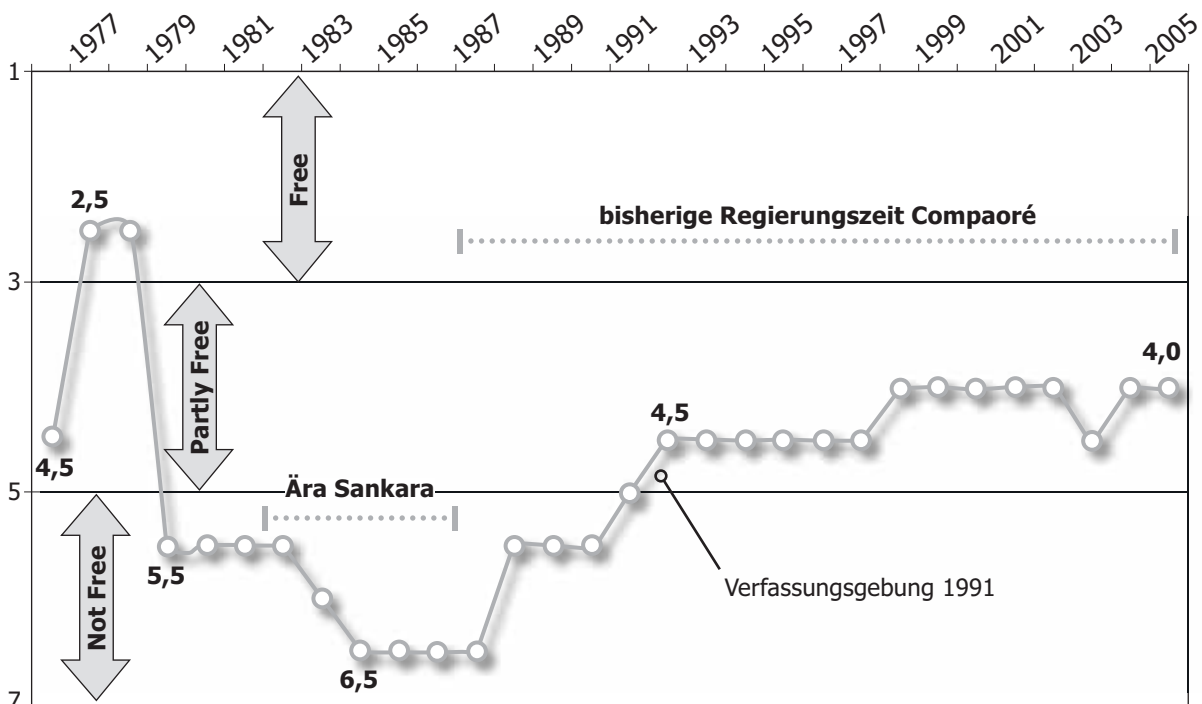
Insgesamt bewertet *Freedom House* den Trend der politischen Entwicklung in den letzten 20 Jahren positiv. In der Gesamteinschätzung des politischen Systems (nicht nur der Pressefreiheit) gehört das Land zu den „teilweise freien“ Staaten (siehe Abbildung 4), die auch als „hybride Regime“ bezeichnet werden, deren politische Liberalisierung zwar nicht mehr erlaubt, von einer Diktatur zu sprechen, allerdings auch nicht von einer Demokratie. Der schon erwähnte BTI kennzeichnet die Grauzone des hybriden Regimes nicht gesondert, meint aber ähnliches, wenn er Burkina Faso den sogenannten „defekten Demokratien“ zuordnet. Derzeit gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich diese Lage auf nationaler Ebene mittelfristig entscheidend verändern wird. Wenn der Präsident es weiterhin versteht, für ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Entwicklung zu sorgen, die Opposition an der kurzen Leine und das Militär unter Kontrolle zu halten, ist es wahrscheinlich, dass Blaise Compaoré bis 2015 an der Macht bleibt. Erst danach könnte Bewegung in den politischen Wettbewerb kommen. Umso größer sind die Erwartungen, die gerade vom westlichen Ausland in die lokale Demokratie als Teil der Dezentralisierung gesetzt werden.

Bei den genannten politischen Problemen könnte schnell der Eindruck entstehen, kommunale Entwicklungszusammenarbeit könnte keinen Beitrag zur demokratischen Entwicklung leisten. Kleine Beiträge zur Stärkung einer demokratischen Kultur auf lokaler Ebene können aber durchaus geleistet werden. Die Weitergabe von eigener kommunalpolitischer Alltagserfahrung ist ein wichtiger Beitrag zur staatsbürgerlichen Bildung, die in weiten Teilen Afrikas praktisch gar nicht stattfindet. Auch viele burkinische Kommunalpolitiker haben vom politischen Leben in europäischen Ländern keinerlei Kenntnis. Besser gebildeten Personen ist allenfalls das französische Beispiel geläufig, an das die burkinischen Strukturen stark angelehnt sind.

Die Erfahrungsweitergabe sollte aber nicht mit dem Selbstverständnis patriarchaler Aufklärungsarbeit über die „guten und richtigen Vorgehensweisen“ erfolgen. Auch ein knappes halbes Jahrhundert nach dem Ende des bevormundenden Kolonialismus treffen europäische Wegweisungen auf die berechtigte Skepsis afrikanischer Eliten – auch auf lokaler Ebene. Bescheidener Erfahrungsaustausch ist das stärkere Instrument bei dezentralen Begegnungen. Hier empfiehlt es sich zuzuhören und zu berichten.

¹⁰ Deutschland liegt bei 16, Frankreich bei 21 Punkten. Spitzenreiter sind Island und Finnland mit jeweils neun Punkten, Schlusslicht Nordkorea erhält 97 (Freedom House, Global Press Freedom Rankings 2006, <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=271&year=2006>, aufgerufen am 29.10.2007).

Abbildung 4: Entwicklung der Herrschaftsform Burkina Fasos in den letzten 30 Jahren



Quelle: Freedom House 2007 (www.freedomhouse.org); Werte für Burkina Faso von 1977 bis 2006 auf einer Skala von 1 („free“ = Demokratie) bis 7 („not free“ = Diktatur).

Das Interesse am Vorgehen in anderen Ländern ist in der Regel groß, zumal in solchen, die eine gewisse Bewunderung erfahren, wie das „reiche und durchorganisierte“ Deutschland. Schilderungen, wie vergleichbare Probleme in der Heimatgemeinde historisch gelöst wurden oder wie nach Lösungsansätzen gesucht wird, sind erfolgversprechender als gut gemeinte Ratschläge, wie dieses oder jenes Problem vor Ort konkret zu lösen sei. Auf konkrete Forderungen und Wünsche (materieller Art) braucht die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ohnehin nicht lange zu warten.

c. Dezentralisierung und Kommunalstrukturen

Dezentralisierung begann in Obervolta schon unter französischer Herrschaft, allerdings in sehr bescheidenem Ausmaß. 1927 wurden in Ouagadougou und Bobo-Dioulasso Stadtregierungen eingeführt, 1958 bekamen auch Ouahigouya, Banfora und Koudougou eigenständige Administrationen. Bei der Unabhängigkeit 1960 wurden die Stadtverwaltungen um ländliche Gebietskörperschaften ergänzt, die allerdings nie eine tatsächliche Bedeutung erlangten. Schon 1966 schaffte die Militärregierung alle dezentralen Strukturen ab und regierte das Land als uneingeschränkter Zentralstaat. Erst die gegenwärtig gültige Verfassung Burkina Fasos von 1991 führte erneut substaatliche Gebietskörperschaften ein, die nicht als hierarchisch nachgeordnete Stellen des Zentralstaats zu verstehen sind. Die Verfassung überließ die Umsetzung der knappen Bestimmungen ihrer Artikel 143-145 jedoch dem Gesetzgeber, der erst 1998 die Rahmengesetzgebung zur Dezentralisierung verabschiedete. Inzwischen wurden die Bestimmungen mehrfach überarbeitet und sind schließlich in ein Kommunalgesetzbuch eingeflossen, auf dessen Grundlage die formale Dezentralisierung des gesamten Territoriums vorgenommen und 2006 erstmals flächendeckend gewählte Selbstverwaltungsgremien gebildet wurden.

Dennoch bleibt die nationale Politik die wichtigste staatliche Handlungsebene. Daran wird sich mittelfristig nicht viel ändern. Hierfür gibt es zwei Hauptgründe. Einerseits sind effektive Dezentralisierungsmaßnahmen noch ein sehr junges Phänomen, das sich erst langsam weiterentwickeln und durchsetzen muss, bevor man seine Leistungsfähigkeit beurteilen kann. Andererseits gibt es in weiten Teilen Afrikas eine gewisse Sezessionsphobie. Die meisten Staaten Afrikas liegen in den häufig künstlichen Grenzen der Kolonialzeit. Dennoch gelten diese Grenzen als sakrosankt, da bei einer Infragestellung der Grenzziehung noch heute – nach fast einem halben Jahrhundert staatlicher Unabhängigkeit – aufgrund der heterogenen Bevölkerungsstrukturen das chaotische Auseinanderfallen vieler Länder befürchtet wird. Die letztlich erfolglosen Abspaltungsbewegungen Katangas von Kongo-Kinshasa und Biafras von Nigeria in den 1960er Jahren haben einen starken Eindruck hinterlassen. Tatsächlich ist es bis heute in kaum einem afrikanischen Staat gelungen, einen echten Nationalstaat zu konstruieren, in dem die Identifizierung mit dem Staat als „Vaterland“ deutlich über anderen sozialen Identitäten steht.¹¹ Allerdings ist auch völlig unklar, ob ein solcher Nationalstaat überhaupt notwendig ist, um eine stabile funktionale Gemeinschaft zu bilden. Die Gefahr von Sezessionen dürfte sich jedenfalls in den meisten afrikanischen Ländern vermindert haben, da der Staat zur sozialen Realität geworden ist.

In Burkina Faso hingegen erscheint die Gefahr eines Auseinanderbrechens als äußerst gering. So hat die Ära Sankara dazu beitragen, ein gewisses patriotisches Gemeinschaftsgefühl zu schaffen. Wichtiger hierfür dürften noch die faktische ethnische Durchmischung der Bevölkerung und die geringen wirtschaftlichen Sezessionsanreize sein. Dennoch spielt die in Afrika weit verbreitete Sezessionsfurcht eine nicht unbedeutende Rolle beim Kompetenztransfer auf substaatliche Einheiten.

Es gibt zweifelsohne auch handfeste machtpolitische Interessen, die einer effektiven Dezentralisierung entgegenstehen. Auch im burkinischen Staat florieren klientelistische Netzwerke, auf deren Grundlage Ressourcen zugeteilt und umverteilt werden. Eine wichtige Ressource ist der Staat selbst mit seinen Arbeitsplätzen, Investitionsmöglichkeiten und Korruptionspotenzialen. Werden Kompetenzen und Haushaltsmittel nach unten abgegeben, schwächt dies die Machtposition der derzeitigen Patrone. Andererseits gelten Dezentralisierungsmaßnahmen bei der (westlichen) Gebergemeinschaft als grundsätzlich positiv und werden daher mit verstärktem Mittelzufluss belohnt. Dezentralisierung steht mithin in einem Spannungsfeld aus Interessen, Befürchtungen und Fähigkeiten.

Wissenschaftliche Untersuchungen über die Auswirkungen der flächendeckenden Dezentralisierung in Burkina Faso liegen noch nicht vor. Dafür ist der Prozess zu jung. Auch die allgemeine Annahme breiter Kreise der (westlichen) Entwicklungszusammenarbeit, dass Dezentralisierung generell positiv auf die wirtschaftliche und demokratische Entwicklung einwirkt, konnte noch nicht belegt werden. Nichtsdestotrotz bleibt die Behauptung plausibel, dass dezentrale Strukturen näher an der sozialen Realität der Bevölkerung sind als Funktionsträger in den Behörden der Hauptstadt und damit auch schneller und effektiver Probleme erkennen und Vorschläge zu Problemlösungsstrategien machen könnten.

Allerdings ist Dezentralisierung mehr als Bürgernähe, die auch durch zentralstaatliche Organe effizient organisiert werden könnte. Kommunale Selbstverwaltung ist keine zwingende Voraussetzung für einen demokratischen Staat und sie garantiert auch keineswegs automatisch eine größere Gemeinwohlorientierung der Verantwortungsträger. Föderale Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland sind durch die Eigenstaatlichkeit ihrer konstituierenden Regionen stark

¹¹ Deshalb ist der Begriff der „nationalen Ebene“ nachfolgend rein technisch zu verstehen. Mit ihm sind stets nur die oberste staatliche Ebene (also die international anerkannte geographische Einheit, die den modernen Staat definiert) und seine Organe gemeint, nicht aber eine Nation im westeuropäischen Verständnis. Der Begriff der „Nation“ wird im westlichen Afrika sogar häufig für substaatliche kulturelle und/oder ethnische Gemeinschaften verwendet, was es dem westlichen Betrachter nicht leichter macht, sich in der Terminologie zurechtzufinden.

von einer dezentralen Verwaltungsphilosophie geprägt. Traditionell zentralstaatliche Länder wie die Französische Republik haben lange Zeit auf umfassende Selbstverwaltungskompetenzen substaatlicher Einheiten verzichtet und ganz auf die demokratisch legitimierte, nationale Regierung und ihre Vertreter in den Verwaltungseinheiten vertraut.

Die Verantwortungsweitergabe an lokale Durchsetzungsbehörden, die in die zentralstaatliche Hierarchie eingebunden sind, aber dezentral entscheiden dürfen, wird als Dekonzentration bezeichnet. Dem steht die Devolution gegenüber, das heißt die Selbstverwaltung durch kommunale oder regionale Körperschaften. Die Gebietskörperschaft darf selbstständig im Rahmen der ihr von der nationalen Ebene gegebenen Kompetenzen verbindlich und endgültig entscheiden. Ein föderales System ist hingegen durch die Eigenstaatlichkeit bestimmter substaatlicher Einheiten (zum Beispiel Bundesländer) gekennzeichnet, in dem der Nationalstaat nicht (alleine) über die Existenz der substaatlichen Einheiten entscheiden kann.

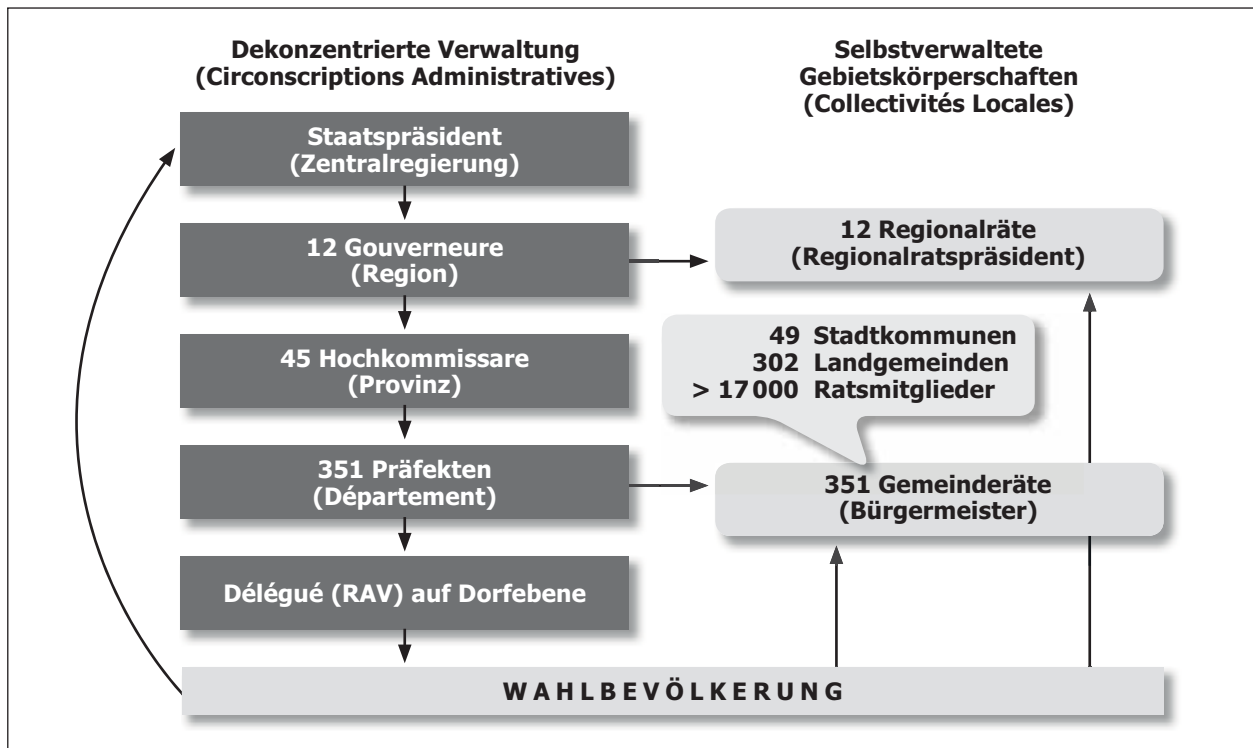
In Burkina Faso haben wir es mit einer Art „gelenkter Devolution“ zu tun. Einerseits wurden Selbstverwaltungskörperschaften geschaffen, andererseits hat sich der Zentralstaat in vielen Kompetenzbereichen Kontroll- und Genehmigungsrechte vorbehalten. Diese Vorkehrungen sind sicherlich auch dem Entwicklungsstand des Landes geschuldet, in dem nicht uneingeschränkt davon ausgegangen werden kann, dass kommunale Wahlgremien die gleiche fachliche Kompetenz und Steuerungsfähigkeit aufbringen können wie vergleichsweise besser geschulte Beamte der Zentralregierung. Daraus sollte jedoch nicht durchgehend auf einen nach deutschen Verhältnissen hohen Ausbildungsstand der Vertreter der Staatsverwaltung geschlossen werden.

Der doppelte Verwaltungsaufbau in Burkina Faso (Abbildung 5) unterscheidet die zentralstaatlich gelenkten Verwaltungseinheiten namens *Circonscriptions administratives* von den selbstverwalteten Gebietskörperschaften, den so genannten *Collectivités locales*. Die dezentrierte Verwaltung hat drei Kompetenzebenen mit einer zusätzlichen Korrespondenzebene in den Dörfern, also der untersten Verwaltungseinheiten. Das verantwortliche öffentliche Organ ist jeweils der von der Zentralregierung eingesetzte Verwaltungschef. Zwölf Gouverneure vertreten die Zentralregierung auf Regionalebene. Ihnen sind 45 Hochkommissare als Provinzvertreter unterstellt. Diese kontrollieren die Präfekten der Departements, die wiederum mit den Verantwortlichen auf Dorfebene (*Responsable Administratif du Village*, RAV; besser bekannt unter der alten Bezeichnung „*Délégué*“) korrespondieren. Die RAV sind nicht selten zugleich die traditionellen Dorfchefs. Der Versuch von Präsident Sankara in den 1980er Jahren, die traditionellen Strukturen zu entmachten, wurde von Präsident Compaoré durch eine bewusste Zulassung der Kumulation von öffentlichen Ämtern und Mandaten mit traditioneller Funktion nach offizieller Lesart „berichtigt“, um sich bei den mächtigen traditionellen Autoritäten Rückhalt zu verschaffen.

Das burkinische Dezentralisierungskonzept wurde vor der flächendeckenden Umsetzung mehrmals umgestaltet. Die zunächst vorgesehenen Provinzialräte wurden im derzeit gültigen Kommunalgesetzbuch (*Code Général des Collectivités Territoriales*, CGCT, Gesetz Nr. 055/2004/AN) wieder gestrichen. Zwölf Regionalräte unter dem Vorsitz eines aus ihrer Mitte gewählten Regionalratspräsidenten und 351 Kommunen blieben übrig. Die Gemeinderäte wählen aus ihrer Mitte einen Bürgermeister, der zugleich der Kommunalverwaltung vorsteht. Es gibt 49 städtische und 302 ländliche Gemeinden (*Communes urbaines et rurales*). Die Großstädte Ouagadougou und Bobo-Dioulasso genießen einen Sonderstatus (*Communes à statut particulier*), der eine zusätzliche Ebene von Stadtbezirken mit eigenen Bürgermeistereien (*Arrondissements*) vorsieht.

KOMPETENZEN

Den Regionen und Gemeinden wurden weitgehend kongruente Kompetenzbereiche zugeordnet. Die konkreten Befugnisse konzentrieren sich jedoch auf die Gemeinden, während den Regionen stärker koordinierende und moderierende Funktionen zukommen. Da sich die KEZ

Abbildung 5: Doppelter Verwaltungsaufbau in Burkina Faso

Quelle: Eigene Darstellung gem. der burkinischen Gesetzeslage.

nach dem burkinischen Kommunalgesetzbuch auf Partnerschaften der Gemeindeebene konzentrieren soll (Art. 123-129 CGCT), werden nachfolgend die Gemeindekompetenzen in den Vordergrund gestellt. Grundsätzlich gibt es Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte in folgenden Bereichen (Art. 79-105 CGCT):

- Raumordnung und -planung;
- Umwelt und natürliche Ressourcen;
- Wirtschaftsentwicklung und -planung;
- Gesundheit;
- Bildung;
- Kultur, Sport und Freizeit;
- Zivilschutz;
- Beerdigungen und Friedhöfe;
- Wasser und Strom;
- Märkte und Schlachthöfe;
- Kommunalpartnerschaften.

Die Befugnisse der Gemeinden beschränken sich mehrheitlich auf Mitwirkungsrechte bei nationalen Entscheidungen („*participation*“) und genehmigungspflichtige Aktionsräume. Im Bereich der Wasser- und Stromversorgungspolitik hat die kommunale Ebene beispielsweise ausschließlich Beteiligungsrechte, während die Regelung von Beisetzungen und Friedhofsordnungen ganz in der Verantwortung der Kommunen liegt.

FINANZIERUNG

Die Befugnisse können nur dann effektiv wahrgenommen werden, wenn auch die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Daher wurden den Kommunen Einnahmemöglichkeiten aus vier Hauptquellen eröffnet (Gesetz Nr. 014/2006/AN):

- Steuern und Abgaben;
- Gebühren sowie gewerbliche und außerordentliche Einnahmen;
- Zuwendungen;
- Anleihen.

Den Gemeinden sollen Steuern und Abgaben aus Gewerbe (auch des informellen Sektors), Wohnen, Vermögen, Waffenbesitz, Landnutzung, Vergnügungen, Glücksspiel, Werbung und Viehwagenbesitz zufließen. Zudem stehen ihnen Einnahmen aus selbst erhobenen Gebühren für Schlachtungen, Verwaltungsakte, staatliche Gesundheitsleistungen, Marktstände, Beerdigungen, Friedhofsnutzung, Müllbeseitigung und Parken – also aus den Kompetenzbereichen der Gemeinden – sowie Gewinne aus öffentlichen kommunalen Gewerbebetrieben, Vermietung und ggf. Zinseinkünften zur Verfügung. Da der Steuer- und Gebühreneinzug hochgradig defizitär ist, dürfte der Löwenanteil der Haushaltsmittel aus Zuwendungen bestehen, die von der Zentralregierung oder anderen inländischen und ausländischen Gebern geleistet werden.

Schulden dürfen nur nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Behörde der Zentralverwaltung aufgenommen werden.

Ausdrücklich werden im Gesetz auch Zuwendungen ausländischer Gebietskörperschaften genannt. Diese Regelung ermöglicht Partnerstädten auch in eine direkte finanzielle Kooperation mit den burkinischen Gebietskörperschaften einzutreten, ohne den Umweg über zentralstaatliche Organe gehen zu müssen.

GEMEINDERÄTE

Während die meisten Stadtgemeinden schon länger bestehen und Erfahrungen mit der Selbstverwaltung sammeln konnten, wurden die Landgemeinden faktisch erst durch die Kommunalwahlen 2006 geschaffen. 33 der 49 Stadtgemeinden verfügen bereits über kommunale Partner in Frankreich und auch alle acht über die SKEW geförderten Modellpartnerschaften arbeiten mit städtischen Gemeinden zusammen.¹² Der Begriff der Stadt ist dabei aus einem mitteleuropäischen Blickwinkel nicht überzubewerten. Zahlreiche burkinische Städte wirken auf Europäer noch sehr ländlich und leiden meist unter unzureichender Infrastruktur. Da die Infrastruktur der ländlichen Gemeinden jedoch in aller Regel noch schlechter ist, bieten sich zunächst die Stadtgemeinden als Kooperationspartner deutscher Kommunen an.

Die Definition urbaner Gemeinden richtet sich nach der Einwohnerzahl, dem Verwaltungsstatus und dem Haushaltsvolumen. Städtische Kommunen müssen mindestens 25 000 Einwohner zählen und einen Haushalt von mindestens 25 Millionen Francs CFA (ca. 38 000 Euro) aufstellen können, es sei denn es handelt sich um den Hauptort einer der 45 Provinzen des Landes. Für die ländlichen Gemeinden gilt eine Mindestgröße von 5 000 Einwohnern, es sei denn sie sind Departementhauptorte.

Die Größe der Gemeinderäte richtet sich nach der Einwohnerzahl. Insgesamt wurden bei den ersten landesweiten Kommunalwahlen am 23. April 2006 über 17 000 Ratsmitglieder bestellt. Um die Repräsentation aller Dörfer zu gewährleisten, dienen diese als Wahlkreise, in denen eine unterschiedliche, aber in aller Regel sehr kleine Zahl an Mandaten zu vergeben ist. Dieses Wahlsystem kommt der ohnehin ausgeprägten Dominanz der CDP entgegen und sorgt für ein deutliches Übergewicht der Quasi-Staatspartei. Im Ergebnis konnte sich die CDP 315 Bürgermeisterposten sichern. In vielen Fällen war die Bürgermeisterwahl auf deutliche, eigene Mehrheiten der CDP gestützt. In anderen Fällen konnten Politiker anderer Parteien überzeugt werden, den CDP-Kandidaten mit zu tragen. Der CDP wird dabei von Oppositionspolitikern vor-

¹² Die Modellpartnerschaften sind: Ettlingen – Fada-N’Gourma (BF) – Epernay (F), Ladenburg – Garango (BF) – Laval (F), Lahnstein – Ouahigouya (BF) – Vence (F), Ludwigsburg – Kangoussi (BF) – Montbéliard (F), Würselen – Réo (BF) – Morlaix (F), Herzogenaurach – Kaya (BF) – Châtelleraut (F), Melsungen – Koudougou (BF) – Dreux (F) sowie Mühlheim am Main – Nouna (BF) – St. Priest (F).

geworfen, diese Überzeugungsarbeit gelegentlich per Korruption und Ämterpatronage geleistet zu haben. Alle acht Partnergemeinden der kommunalen Modellpartnerschaften haben einen CDP-Bürgermeister (darunter eine Frau in Nouna) und unterschiedlich starke absolute Mehrheiten der Präsidentenpartei in den Gemeinderäten (s. Tabelle 1). In sieben von acht Fällen gründet sich diese Ratsmehrheit auf absolute Mehrheiten beim Urnengang, die in einigen Fällen mit Hilfe des Wahlsystems jedoch deutlich gesteigert werden konnten. Zu diesen Fällen zählt auch Réo, wo die CDP mit nur gut 40 Prozent der abgegebenen Stimmen über 60 Prozent der Sitze im Stadtparlament erreichen konnte. Neben Réo weisen besonders auch Fada-Ngourma und Kougoudou hohe Verzerrungseffekte des Wahlsystems auf (vgl. Gallagher-Index in Tabelle 1).

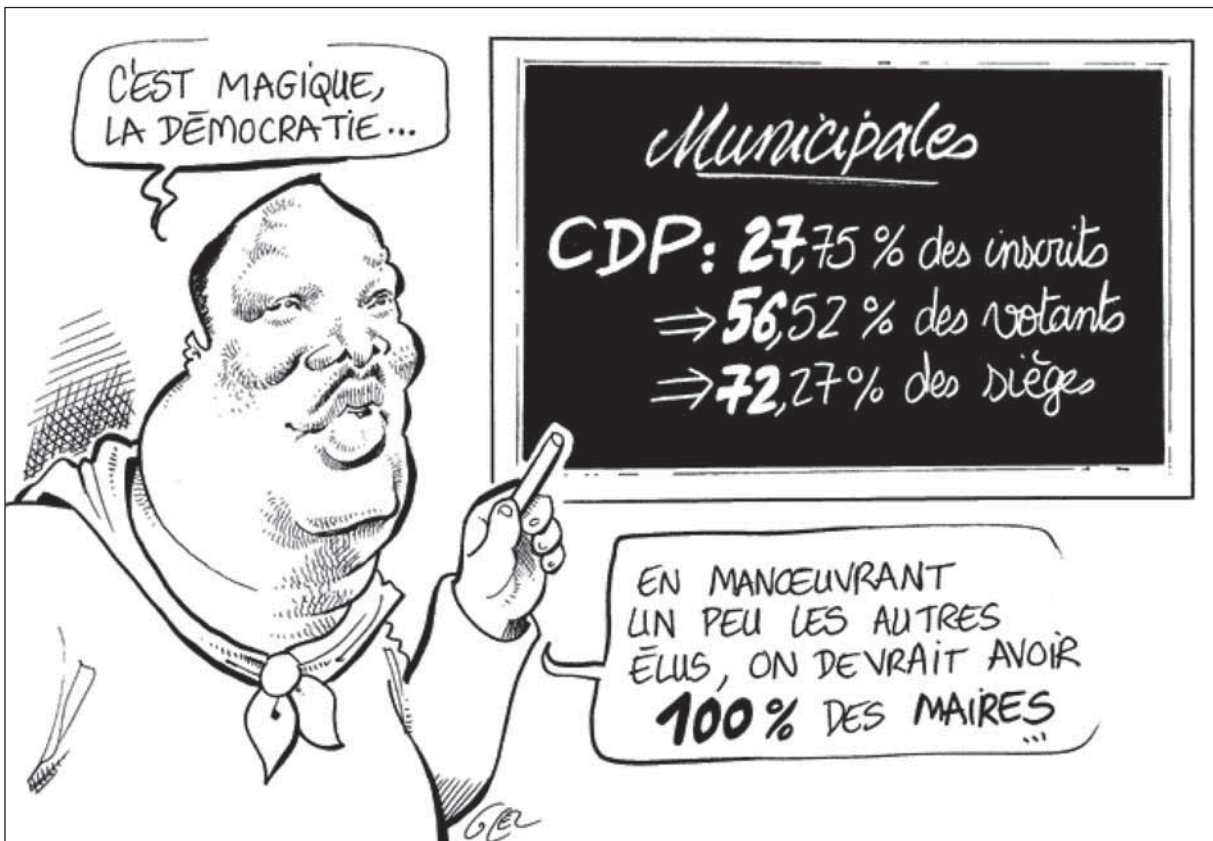
Tabelle 1: Kommunalwahlergebnisse 2006 in den burkinischen Partnergemeinden der acht Modellpartnerschaften

	Fada-Ngourma (95)		Garango (46)		Kaya (159)		Kongoussi (128)	
	Stimm- anteil	Sitz- anteil	Stimm- anteil	Sitz- anteil	Stimm- anteil	Sitz- anteil	Stimm- anteil	Sitz- anteil
CDP	54,7	82,1	60,9	80,4	63,3	81,8	52,7	64,8
ADF/RDA			23,5	15,2	12,5	8,8	32,9	25,0
CFD							1,7	0,8
FFS					6,7	1,3		
MPS/PF	9,5	4,2						
NDS					1,8	0,6		
ODT							9,5	8,6
PAI	4,0	3,2						
PDP/PS	13,3	7,4						
PDS	3,9	2,1			3,0	0,6	1,7	0,8
RDB					2,1	1,3		
RDF					2,2	0,6		
UNIR/MS	3,9	1,1						
UPR			9,2	4,3	6,8	5,0		
<i>Wahl- beteiligung*</i>		<i>38,10</i>		<i>60,80</i>		<i>42,80</i>		<i>63,80</i>
<i>Gallagher-Index**</i>		<i>20,31</i>		<i>15,38</i>		<i>14,12</i>		<i>10,28</i>
	Koudougou (62)		Nouna (134)		Ouahigouya (110)		Réo (46)	
	Stimm- anteil	Sitz- anteil	Stimm- anteil	Sitz- anteil	Stimm- anteil	Sitz- anteil	Stimm- anteil	Sitz- anteil
CDP	54,7	77,4	80,9	95,5	60,9	72,3	41,3	63,6
ADF/RDA	6,2	1,6	12,3	3,0	34,6	27,7	6,8	2,3
CFD							8,0	6,8
PAI			6,8	1,5				
PAREN							14,3	6,8
RDF							19,1	20,5
UNDD	24,8	21,0						
<i>Wahl- beteiligung*</i>		<i>47,20</i>		<i>51,70</i>		<i>60,90</i>		<i>55,10</i>
<i>Gallagher-Index**</i>		<i>16,80</i>		<i>12,80</i>		<i>9,42</i>		<i>16,99</i>

Anmerkung: Für jede der acht Gemeinden wurde in Klammern hinter dem Ortsnamen die Größe des Gemeinderats angegeben. Die Parteienliste beginnt stets mit den beiden größten Parteien des Landes: CDP und ADF/RDA (grau unterlegt). Angaben zu Stimm- und Sitzanteilen in Prozent. * Wahlbeteiligung ausgehend von den auf den Wahllisten verzeichneten Bürgerinnen und Bürgern. ** Gallagher-Index: Verzerrungsgrad (Disproportionalität) des Wahlsystems. Werte zwischen 0 und 100. Je höher der Wert, desto stärker die Abweichung zwischen Stimmerngebnis und Sitzanteilen im Gemeinderat.

Die Dominanz der CDP wirkt zunächst erdrückend (vgl. Abbildung 6). Allerdings können auch graduelle Partizipationserfolge erkannt werden. So kam es in einigen Gemeinden zur Ablösung früherer CDP-Bürgermeister und damit zumindest zu einem Wettbewerb innerhalb der Partei. Zudem treten treue Verbündete auf der nationalen Ebene im kommunalen Kontext durchaus als eine ernstzunehmende lokale Opposition zur CDP auf; zum Beispiel die UPR in Dédougou oder die RDB in Banfora. Die Kommunalwahlen haben mithin tatsächlich zu einer graduellen Steigerung des Wettbewerbs geführt. Allerdings ist die starke Dominanz der CDP nicht die einzige Herausforderung für die dezentrale Selbstverwaltung.

Abbildung 6: Karikatur zur CDP-Dominanz bei den Kommunalwahlen

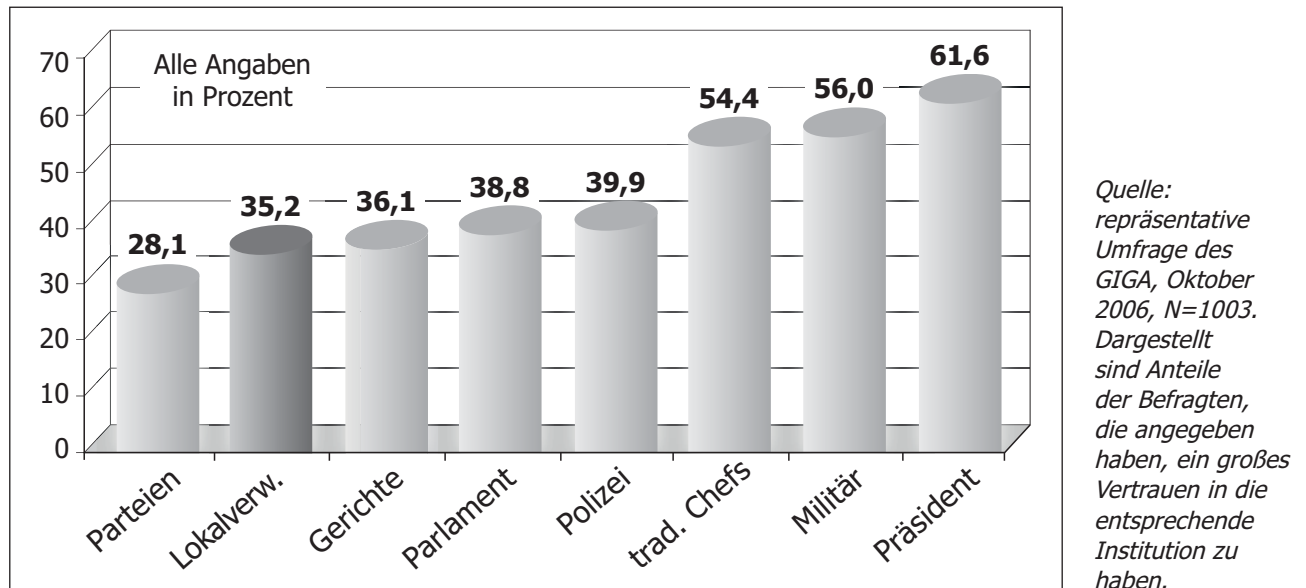


Auf der Tafel: „CDP: 27,75 % des Wählerregisters, 56,52 % der abgegebenen Stimmen, 72,27 % der Gemeinderatssitze.“ Roch M. Chr. Kaboré (CDP-Vorsitzender): „Die Demokratie ist wunderbar ... Wenn wir die restlichen Gemeinderäte noch ein wenig bearbeiten, sollten wir 100 % der Bürgermeister haben.“ (Es ist der CDP übrigens nicht gelungen 100 % der Bürgermeister zu stellen, stattdessen knapp 90 %.)

Quelle: Damien Glez, *Journal du Jeudi* (Ouagadougou), Nr. 764, 11.5.2006.

Weitere Herausforderungen ergeben sich in drei Bereichen, die nachstehend erörtert werden sollen.

1. Akzeptanz der neuen Strukturen: Die kommunale Selbstverwaltung muss sich gegen zwei andere Machtpole behaupten. Einerseits tritt sie in Konkurrenz zu den traditionellen Herrschaftsstrukturen. Eine repräsentative Umfrage des GIGA Instituts für Afrika-Studien vom Oktober 2006 zeigt, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die traditionellen Dorfchefs deutlich größer ist als dasjenige in die lokale Verwaltung (siehe Abbildung 7). Der traditionelle Referenzrahmen ist also wichtiger als der staatsbürgerliche. Der Zeitpunkt der Befragung lässt keine präzisen Rückschlüsse darauf zu, ob unter lokaler Verwaltung eher die dekonzentrierte Staatsverwaltung oder die gerade gewählten Selbstverwaltungsorgane gemeint waren.

Abbildung 7: Vertrauen in Institutionen

Andererseits fällt ins Auge, dass die zentralstaatlichen Machtorgane ‚Staatspräsident‘ und ‚Militär‘ die höchsten Vertrauenswerte erreichen. Zugleich bringt die doppelte Verwaltungsstruktur zum Ausdruck, wie stark die Dezentralisierung von der Zentralregierung begleitet wird. Ein nationales Strategiepapier für den Zeitraum von 2006 bis 2015 soll die Umsetzung der Dezentralisierung steuern (*Cadre Stratégique de Mise en Œuvre de la Décentralisation*, CSMOD). Für Dezentralisierungsfragen wurden eigens ein Ministerium (*Ministère de l'Administration Territoriale et de la Décentralisation*, MATD) und eine nationale Kommission (*Commission Nationale de la Coopération Décentralisée*, CONACOD) eingerichtet. Ein gewisses Gegengewicht bildet ein kommunaler Spitzenverband nach französischem Vorbild (*Association des Municipalités du Burkina Faso*, AMBF).

Aus dem Befund zum Vertrauen kann also abgeleitet werden, dass die dezentralen Strukturen erst noch vor der Aufgabe stehen, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Große Begeisterung scheint im Voraus jedenfalls nicht zu herrschen.

2. Kapazitäten der Gemeinderäte: Die Akzeptanz der Selbstverwaltungsstrukturen ist sicherlich eng verbunden mit der Leistungsfähigkeit dieser Organe. Derzeit gibt es noch erhebliche Zweifel an den personellen und finanziellen Kapazitäten der Gemeinden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat 2002 festgestellt, dass nach dem Subsidiaritätsprinzip „Aufgaben nur dann auf einer übergeordneten politischen oder gesellschaftlichen Ebene wahrgenommen werden [sollten], wenn untergeordnete Ebenen sie nicht adäquat erfüllen können“. Das „nur“ in dieser Aussage suggeriert eine sachbezogene Auslegung des Subsidiaritätsprinzips. Es wird also danach gefragt, ob eine Angelegenheit der Sache nach auch lokal geregelt werden könnte, ohne den zweiten Teil des Satzes gleich zu gewichten, wonach die substaatlichen Ebenen auch in der Lage sein müssen, diese adäquat zu erfüllen.

Dabei ergeben sich zwei Probleme. Einerseits muss der Staat bereit und in der Lage dazu sein, die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Andererseits müssen die Entscheidungsgremien (Gemeinderäte) kompetent genug sein, um diese Mittel sachgerecht einzusetzen. Derzeit bestehen die allermeisten Gemeinderäte aus Mitgliedern mit geringer oder gar keiner formalen Bildung. Der Wert ihres unmittelbaren Erfahrungswissens ist zwar keinesfalls geringzuschätzen, jedoch wird die Betätigung als Gemeinderat in modernen Selbstverwaltungsstrukturen denkbar erschwert, wenn beispielsweise keine oder nur unzureichende Lese-, Schreib- und Rechenkenntnisse vorhanden sind.

Das Finanzproblem scheint mit zentralstaatlichem Willen und Geberunterstützung lösbar. Das Personalproblem ist komplizierter, denn ein Kompetenztransfer durch die Überstellung von Personen wäre widersinnig, da ja gerade die lokale Bevölkerung aktiv eingebunden werden soll. Unterdessen kann es bei den der Gemeindeverwaltung zugeordneten Beamten zu Frustration und abnehmenden Leistungen führen, wenn sie auf Weisung von wenig kompetenten Ratsversammlungen agieren sollen. Andererseits könnten sich dem Fachpersonal dadurch auch Einflussmöglichkeiten auf die Kommunalpolitik eröffnen, die so nicht vorgesehen und in der dezentrierten Verwaltung durch die zentrale Hierarchie kontrollierbarer waren. Insgesamt ist also ein erhebliches Maß an Lern- und Leistungswillen der Ratsmitglieder und loyaler Kooperationsbereitschaft der kommunalen Beamten vorauszusetzen, um eine erfolgreiche dezentrale Selbstverwaltung erwarten zu können.

3. Integrität der neuen Mandatsträger: Die Loyalität gegenüber den neuen Institutionen kann ebenfalls hinterfragt werden. Das BMZ beschreibt in seinem Grundlagenpapier zur Dezentralisierung in der deutschen EZ unter anderem das Problem der „dezentralisierten Korruption“. Die Gefahr des Stimmenkaufs bei Gemeinderatsentscheidungen liegt angesichts der Armut- und Bildungssituation auf der Hand. Aus der Regionalhauptstadt Dédougou wurde beispielsweise berichtet, dass der CDP-Bürgermeister trotz einer fehlenden eigenen Mehrheit Oppositionsmitglieder mit der Hilfe von Freibier und Geld überzeugen konnte, für ihn zu stimmen, obwohl es andere Absprachen unter den politischen Obleuten der Oppositionsparteien gegeben hatte¹³. Solche Einzelbeispiele müssten systematisch überprüft werden, bevor ein allgemeines Loyalitätsdefizit der Ratsmitglieder unterstellt werden kann. Immerhin gibt es überhaupt Partizipation.

So kann man annehmen, dass die Abordnung mindestens eines Gemeinderates aus allen Dörfern einen Mechanismus sozialer „Vor-Ort-Kontrolle“ auslöst. Die Dorfbevölkerung wird von ihren Ratsmitgliedern erwarten, dass sie dem Dorf nutzen. Die häufig erwarteten kurzfristigen materiellen Leistungen wird das Ratsmitglied jedoch kaum liefern können. Die Vermittlung mittelfristig wirksamer Verbesserungen der Wirtschafts- und Sozialstrukturen dürfte vielen Ratsmitgliedern in dieser frühen Phase der Dezentralisierung und angesichts des allgemeinen Bildungsstandes eher schwer fallen.

Dabei könnte es schon helfen, den Ratsmitgliedern Ideen an die Hand zu geben, wie sie die Bedürfnisse ihrer Dorfbevölkerungen systematisch erfassen und sinnvoll in den Rat hineintragen können. Zudem müsste eine Debattenkultur gefördert werden, die in parteipolitisch einfarbigen Parlamenten und aufgrund des kulturellen Hintergrundes des Landes nicht automatisch zu erwarten ist. Das gilt insbesondere für Fragen und Meinungsäußerungen weiblicher Ratsmitglieder. Anderenfalls steht zu erwarten, dass die meisten Gemeinderäte im günstigsten Fall bürgermeisterdominierte Informationszirkel werden, die vorbereitete Entscheidungen gegebenenfalls nach kurzfristigen Anreizmustern abnicken, ohne dass dadurch im Verhältnis zur dezentrierten Verwaltung ein Mehrwert gewonnen wäre.

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit könnte beispielsweise durch einen Dialog über Erfahrungen mit selbstverwalteten Gebietskörperschaften und mit Berichten aus der Gemeinderatsarbeit oder sogar durch kurzfristige Beratungseinsätze positive Unterstützung leisten. In jedem Fall sollten externe Partner die neuen Strukturen in vollem Umfang zur Kenntnis und in ihren Kompetenzen ernst nehmen. Sonst würden zwangsläufig informelle, intransparente Strukturen gefördert und die Bemühungen um den Aufbau einer funktionierenden Selbstverwaltung konterkariert.

¹³ Die CDP-Ratsfraktion verfügt zwar über eine knappe absolute Mehrheit, spaltete sich jedoch in zwei Fraktionen. Eine Gruppe der CDP-Räte unterstützte die scheidende Bürgermeisterin, eine andere den neuen Alternativkandidaten, der schließlich auch zum Bürgermeister gewählt wurde (Quelle: Persönliche Kommunikationen vor Ort.).

SONDERSTRUKTUREN FÜR KOMMUNALE PARTNERSCHAFTEN

Die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen zu ausländischen Gebietskörperschaften zählt zu den Kompetenzen der Gemeinden. Der zentrale Ansprechpartner auf kommunaler Ebene in Burkina Faso sollte damit der Gemeinderat und nicht etwa der Präfekt (Vertreter der nationalen Ebene) sein. Die Gemeinde hat das Recht, Auslandspartnerschaften in Form einer „Entente“ oder einer „Jumelage“ einzugehen. Inhaltlich werden nur vage Vorgaben gemacht, indem Wirtschaft, Kultur und Soziales als Bereiche der Zusammenarbeit hervorgehoben werden. Es bestehen aber keine ausdrücklichen Beschränkungen.

Die „Entente“ ist die schwächere, eher lose Form der Kooperation. Diese kann in gemeinsamen Konferenzen unverbindliche Beschlüsse herbeiführen, die jeweils der zentralstaatlichen Kontrolle unterliegen. Wenn eine verbindlichere und kontinuierlichere Ebene der Zusammenarbeit erreicht werden soll, kann eine „Jumelage“ eingerichtet werden. Für diese (zumindest auf burkinischer Seite) formalisierte Art der Zusammenarbeit muss zwingend ein Partnerschaftskomitee (*Comité Local de Jumelage, CLJ*) als Arbeitsebene der KEZ eingerichtet werden. Das CLJ hat Berichtspflichten gegenüber dem Bürgermeister oder dem Präfekten. Zu Koordinierungszwecken ist auf nationaler Ebene ein Zusammenschluss der CLJ zu einem nationalen Partnerschaftskomitee (*Comité National de Jumelage, CNJ*) vorgesehen.

Diese Reglementierung der Zusammenarbeit sollte von ausländischen Partnern ernst genommen werden, auch wenn in der Praxis weniger Formalismus zu erwarten ist. So werden privatrechtlich organisierte europäische Partnerschaftsvereine vermutlich als Äquivalente der Partnerschaftskomitees anerkannt, wenn die europäische Gebietskörperschaft ihr Einverständnis damit zum Ausdruck bringt. In jedem Fall sollten direkte Kontakte zum Gemeinderat, zum Bürgermeister und gegebenenfalls auch dem Präfekten gepflegt werden. Lediglich eine starke Personalisierung der Beziehungen sollte jedoch unbedingt vermieden werden.

3 Entwicklungszusammenarbeit mit Burkina Faso unter besonderer Berücksichtigung der Dezentralisierung

Seit dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Ost und West hat die Entwicklungszusammenarbeit einen Wandel durchlaufen. Insbesondere *Good Governance* wurde als Kriterium für Unterstützungsleistungen eingeführt. Im ursprünglich engen Verständnis von Weltbank und IWF meint *Good Governance* effektive, effiziente und transparente Regierungsführung¹⁴, also insbesondere eine leistungsfähige Verwaltung und die Bekämpfung von Korruption, die in früheren Jahren häufig zu einem erheblichen Mittelabfluss in private Taschen geführt hat, ohne dass gesamtbevölkerungsorientierte Entwicklungsleistungen erbracht wurden. Zu einem weiteren Verständnis von *Good Governance* gehören zusätzlich die Einhaltung von Menschenrechten und die Demokratisierung politischer Prozesse. Dieses weitere Verständnis haben sich die meisten westlichen Geberländer, darunter Deutschland und Frankreich, zu Eigen gemacht. Entwicklung ist nach dem offiziellen Verständnis westlicher Politik heute also mehr als Wirtschaftswachstum und infrastrukturelle Modernisierung. Sie umfasst auch Partizipation und Schutz vor Repression. In diesem Kontext ist auch die Förderung von Dezentralisierung zu sehen, da sie der breiten landesweiten Partizipationssteigerung dienen soll.

Tatsächlich ist ein Zusammenhang zwischen Demokratisierungsfortschritten und offizieller Entwicklungshilfe nachweisbar¹⁵, es gilt aber ebenso die relativierende Aussage von Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul: „Bei uns gibt es keine Unterstützung korrupter Regime. Allerdings wollen wir natürlich auch Veränderungen erreichen in Ländern, in denen es keine verantwortliche Regierungsführung gibt.“¹⁶ Man hofft also, auf deren politische Entwicklung mit EZ einwirken zu können.

Parallel zur Einbeziehung politischer Kriterien bei der Vergabe von Entwicklungshilfe wurde erkannt, dass ein unkoordiniertes, eklektisches Nebeneinanderher zahlreicher multilateraler und bilateraler Maßnahmen nicht zur gewünschten Effektivität der EZ führen kann. Mithin begann insbesondere in Europa ein Prozess der Geberharmonisierung. Die bilateralen Beziehungen wurden und werden seither verstärkt aufeinander abgestimmt. In Zuge dessen hat die Bundesrepublik Deutschland die Partnerländer ihrer EZ stark reduziert. Zudem wurden thematische Schwerpunktzuständigkeiten vereinbart.

Folgendes fiktives Beispiel mag die Veränderung veranschaulichen: Während es in den 1980er Jahren noch vorkommen konnte, dass 12 europäische Länder in den afrikanischen Ländern A, B und C alle gleichzeitig im Gesundheits-, Bildungs- und Wasserversorgungsbereich Projekte durchführten, kümmern sich heute idealtypisch vier europäische Länder um Land A, vier andere um Land B und die restlichen vier um Land C. Dabei sind nur einzelne der vier europäischen Länder in den drei Sektoren tätig und jeweils eines übernimmt die Federführung. In der praktischen Umsetzung kommt es angesichts der Unterschiede bei Geber- und Empfängerstaaten zwar nicht zu einer absoluten Gleichverteilung. Jedoch wurden für Burkina Faso klare Vereinbarungen über Schwerpunktsektoren (zum Beispiel Dezentralisierung) unter der Federführung

¹⁴ Das enge Verständnis von Good Governance ist dem Mandat von Weltbank und IWF geschuldet, das eine politische Konditionierung von Unterstützungsleistungen der Banken ausschließt. Politische Kriterien, zum Beispiel Demokratisierung, können nur in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit eingefordert werden.

¹⁵ Siehe Alberto Alesina und David Dollar (2000): "Who Gives Foreign Aid to Whom and Why?", in: Journal of Economic Growth, Nr. 5, S. 33 - 63; siehe auch Alexander Stroh (2007): „Legitimation allein durch Entwicklung? Das Beispiel Ruanda“, GIGA Focus Afrika, Nr. 11, www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika.

¹⁶ Zitat der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, „Abschied von der sanften Macht?“ von Oliver Hoischen, 11.11.2007, Nr. 45, S. 9.

einer nationalen Entwicklungsagentur (zum Beispiel GTZ) und zusätzliche Querschnittsbereiche im Verbund der europäischen Geberländer und Kanadas getroffen, also ein stärker harmonisiertes arbeitsteiliges Vorgehen erreicht.¹⁷

**a. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands:
Schwerpunkte, Umfang und Stellenwert der Dezentralisierung**

Deutschland konzentriert seine bilaterale EZ mit Burkina Faso auf folgende drei Sektoren:

- Wasser und Abwasser,
- Landwirtschaft und Ressourcenmanagement sowie
- Dezentralisierung.

Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung, der von der französischen Entwicklungsagentur AFD unter den Gebern koordiniert wird, soll künftig eine weitere Konzentration auf kleine und mittlere Städte erfolgen. Hier ist möglicherweise auch Kooperationspotenzial für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu sehen, da deutsche Kommunen große Kompetenz im Bereich des Wassermanagements besitzen.

Im Agrarbereich bemüht sich die deutsche EZ maßgeblich um eine marktorientierte Produktion und Verarbeitung burkinischer Erzeugnisse, um eine Verbesserung der Qualitätsstandards und um nachhaltige Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Erosionsschutzmaßnahmen und adäquate Erschließungsverfahren.

Im Bereich Dezentralisierung und Kommunalentwicklung wurde der deutschen EZ die Koordinierungsrolle in Burkina Faso zugesprochen, so dass dieser Schwerpunktbereich einen hohen Stellenwert einnimmt.¹⁸ Die Aufgabe wird von einem eigenen von der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) geführten Leitungsbüro in Ouagadougou wahrgenommen. Das Programm ist auf die enge und kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium MATD (*Ministère de l'Administration Territoriale et de la Décentralisation*) und den anderen burkinischen Strukturen für die Dezentralisierung angewiesen. Als Schlüsselbereiche der Zusammenarbeit nennt das BMZ die Präzisierung und Abgrenzung kommunaler und zentralstaatlicher Aufgabenbereiche, die Qualifizierung des Personals und die Abschätzung des Finanzbedarfs für den Betrieb von dezentralen Verwaltungseinheiten. Ein spezieller Finanzierungsfonds soll die Handlungsmöglichkeiten der Selbstverwaltungsorgane verbessern. Die geplante Laufzeit der Zusammenarbeit im Bereich Dezentralisierung ist auf 12 Jahre angelegt. Begonnen hat sie im Januar 2005, also gut ein Jahr vor den ersten landesweiten Kommunalwahlen.

Deutschland ist zusätzlich in drei Querschnittsbereichen aktiv, die allgemeinen Zielen der deutschen EZ entsprechen. Erstens sollen die Rechte benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen besser geschützt werden, insbesondere diejenigen der Frauen und Kinder. Die deutsche EZ setzt sich gegen die Genitalverstümmelung und gegen Kinderarbeit ein. Zweitens werden Maßnahmen im Bereich der Konfliktprävention und drittens im Bereich der Bekämpfung von HIV/AIDS gefördert. Da die Geberharmonisierung noch nicht bis in alle Details hinein durchgehalten wird, bleiben drei weitere Interventionsbereiche, aus denen sich die deutsche EZ mittelfristig

¹⁷ In Tabelle 2 am Ende der Unterkapitel zur bilateralen Zusammenarbeit werden die deutschen und französischen Schwerpunktspektoren und Querschnittsbereiche zusammengefasst.

¹⁸ Deutschland wird aus zwei Gründen als kompetenter Partner für Dezentralisierungsberatung angesehen: wegen der starken deutschen Kommunalstrukturen und wegen der erfolgreichen Aufbauhilfe, die in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas geleistet werden konnte. Im Bereich Dezentralisierung ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit daher in zahlreichen Ländern Afrikas und auf anderen Kontinenten aktiv, darunter in vielen Fällen auch federführend für eine harmonisierte Geberpolitik (zum Beispiel in Indonesien, Kambodscha, Bolivien). Der Stellenwert solcher Projekte ist mithin für die gesamte deutsche Entwicklungszusammenarbeit sehr hoch.

wohl zurückziehen wird. Diese sind gegenwärtig noch Projekte zur Reintegration von burkinischen Arbeitsmigranten aus der Elfenbeinküste, Projekte zur Desertifikationsbekämpfung und Maßnahmen im Umweltschutz.

Aufgrund der begrenzten bilateralen Kapazitäten hat sich Deutschland dazu entschlossen, konkrete Projektarbeit nur in zwei Regionen Burkina Fasos durchzuführen. Diese Regionen sind Südwest mit der Regionalhauptstadt Gaoua und Ost mit der Regionalhauptstadt Fada-Ngourma. Nach Auskunft der GTZ hat die regionale Konzentration Laborcharakter für die Umsetzung nationaler Ansätze.

Deutschland ist hinsichtlich des Finanzvolumens der viertwichtigste bilaterale Geber für Burkina Faso. Die jährlichen Zuwendungen belaufen sich auf etwa 27 Millionen Euro. Rund 80 Prozent der Hilfen werden als Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) unter der Zuständigkeit der KfW Entwicklungsbank vergeben, die restlichen 20 Prozent fließen in die Technische Zusammenarbeit (TZ), für die maßgeblich die GTZ und der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) zuständig sind. In der Verhandlungsrunde 2005 wurde erstmals ein Anteil von knapp fünf Prozent der Zuwendungen als Budgethilfe deklariert. Im Unterschied zu Projekt- und Programmhilfen handelt es sich dabei um direkte Aufstockungen des Staatshaushalts. Das heißt, die Umsetzung der Programme liegt dann vorwiegend in den Händen und vollständig in der Verantwortung burkinischer Stellen. Das schließt einzelne Beratungsleistungen durch deutsche Experten natürlich nicht aus, macht Fortschrittskontrollen aber schwerer. Es ist erklärte Politik der deutschen Bundesregierung, die Budgethilfe in den kommenden Jahren auszubauen in möglichst vielen Partnerländern auszubauen.

b. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Frankreichs: Schwerpunkte, Umfang und Stellenwert der Dezentralisierung

Die französische EZ mit Burkina Faso ist zwar ebenfalls in den Harmonisierungsprozess einbezogen, aufgrund der historischen Bindung zum ehemaligen westafrikanischen Kolonialgebiet allerdings insgesamt breiter aufgestellt als die deutsche EZ. Eine regionale Einschränkung findet nicht statt, die Querschnittsbereiche sind diffuser, die anderen Interventionsbereiche umfassender und nicht zuletzt der finanzielle Beitrag höher. Im Einzelnen drückt sich diese Zusammenfassung in den nachfolgend vorgestellten Schwerpunktsektoren, Querschnittsbereichen und sonstigen Interventionsfeldern aus:

Die französische Republik ist in zwei Schwerpunktsektoren mit ihrer Entwicklungsagentur AFD federführend tätig. Diese sind Grundbildung (Vor- und Primarschulbereich) sowie Wasserver- und Abwasserentsorgung. Darüber hinaus zählt zum Schwerpunkt Bildung der französischen EZ auch die berufliche Bildung. Als dritter Schwerpunkt ist der Aufgabenkreis Infrastruktur zu nennen. Dabei fokussiert Frankreich auf die Zusammenarbeit bei der Energieversorgung und auf die Verbesserung minimaler Infrastrukturen (zum Beispiel Marktplätze, Wege) im ländlichen Raum.

Neben dem Bereich Wissenschaft, zu dem die Hochschulbildung und die wissenschaftliche Forschung zählen, beschäftigt sich Frankreich mit zwei weiteren Querschnittsbereichen: Governance und Kultur.

Im Governance-Bereich werden die Finanzbehörden, die Justiz, die Sicherheitsbehörden und der Dezentralisierungsprozess (unter deutscher Federführung) unterstützt. Im Sicherheitsbereich wendet Paris rund acht Millionen Euro pro Jahr für die militärische Zusammenarbeit auf, darunter fällt die Finanzierung von 14 Militärberatern bei den burkinischen Streitkräften. Damit ist Frankreich das einzige Land, das eine (offizielle) Militärkooperation mit Burkina Faso unterhält.

Der dritte Querschnittsbereich ‚Kultur‘ spiegelt den Anspruch auswärtiger Kulturpolitik der französischen Nation wider, der wesentlich ausgeprägter ist als derjenige Deutschlands. Die Kulturförderung teilt sich in zwei Förderzweige. Einerseits wird die kulturelle Vielfalt unterstützt; beispielsweise bei der Durchführung des großen Filmfestivals „Fespaco“, das alle zwei Jahre in Ouagadougou stattfindet. Andererseits wird die Verbreitung und Nutzung der französischen Sprache gefördert.

Zu den anderen Interventionsbereichen zählen der Baumwollsektor, also der wichtigste Zweig der burkinischen Exportwirtschaft, die Vergabe von Mikrokrediten an ländliche Kleinunternehmen unter der Federführung Dänemarks und die Bekämpfung von HIV/AIDS, an der auch Deutschland mitwirkt und deren Geberkoordinierung in den Händen der Niederlande liegt.

Frankreich ist hinsichtlich des Finanzvolumens der wichtigste bilaterale Geber für Burkina Faso. Die jährlichen Zuwendungen belaufen sich auf etwa 60 Millionen Euro und machen damit 15 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe für Burkina Faso aus. In den letzten fünf Jahren fand eine enorme Verschiebung der Zuwendungsarten statt. Unterscheidbar sind Projekthilfen, Programmhilfen und Budgethilfen. Noch zur Jahrtausendwende wurden praktisch 100 Prozent der Zuwendungen als Projekthilfe vergeben. Inzwischen machen Zuschüsse zum Staatshaushalt, also die sogenannte Budgethilfe, über die Hälfte der bilateralen Gesamtleistungen aus.

Dezentralisierung hat aufgrund der EU-Harmonisierung nicht den gleichen formalen Stellenwert. Allerdings ist der faktische Einfluss Frankreichs groß. Als ehemalige Kolonialmacht ist es noch immer der maßgebliche politische Orientierungspunkt für die burkinische Elite. Die konkrete Ausgestaltung der Dezentralisierung ist stark an das französische Vorbild angelehnt. So kommt es, dass deutsche Entwicklungsagenturen in Burkina Faso bei der Implementierung einer französisch geprägten Kommunalverfassung hauptverantwortlich beraten, während sich die französische EZ stärker in anderen Gebieten engagiert.

Tabelle 2: Schwerpunkte, Querschnittsbereiche und Finanzvolumen der bilateralen EZ

	Deutschland	Frankreich
Schwerpunkte	Dezentralisierung* Landwirtschaft/Ressourcen Wasser/Abwasser	Infrastruktur Bildung* Wasser/Abwasser*
Querschnittsbereiche	Frauen- und Kinderrechte Konfliktprävention AIDS-Bekämpfung	Governance**/Militär Wissenschaft Kultur
Finanzvolumen	ca. 27 Millionen Euro p.a.	ca. 60 Millionen Euro p.a.

*Geberkoordination, **unter anderem Dezentralisierung; Quellen: BMZ und französisches Außenministerium

c. Deutsche und französische Entwicklungsorganisationen als mögliche Kooperationspartner der Dreieckspartnerschaften

Die Kooperationsmöglichkeiten von kommunalen Partnerschaften mit professionellen Entwicklungsorganisationen stehen in einem mehrfachen Spannungsverhältnis, das nicht ohne Weiteres aufgelöst werden kann. Die Ebenen staatlicher EZ, nicht-staatlicher Projektarbeit und meistens ehren- und nebenamtlicher KEZ sind sehr unterschiedlich. Berührungspunkte ergeben sich am ehesten in der konkreten lokalen Bedarfssituation, die innerhalb Burkina Fasos je nach geographischer und sozioökonomischer Lage stark variieren kann. Die nachfolgenden Aussagen müssen sich daher zwangsläufig auf einer allgemeinen, abstrakten Ebene bewegen. In manchen konkreten Akteurslandschaften ist es prinzipiell auch möglich, dass eine effektive und effiziente Kooperation mit staatlichen EZ-Organisationen nicht möglich ist.

Das BMZ nennt die KEZ eine „wichtige Ergänzung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit“ im Bereich der Dezentralisierung und untermauert die spezifische deutsche Kompetenz für EZ in Dezentralisierungsfragen unter anderem mit der großen Anzahl an „verfügbaren Fachkräften, die den Erfahrungshintergrund aus deutschen Kommunen, Landkreisen, Regierungspräsidien und Innenministerien für Einsätze in den Kooperationsländern mitbringen“ (BMZ 2002, S. 15). Diese Stoßrichtung zielt auf eine Beratungstätigkeit seitens deutscher Kommunen für die neu entstandenen Selbstverwaltungsstrukturen in Burkina Faso ab.

Deutsche Kommunalpolitiker und Kommunalbeamte könnten den Kolleginnen und Kollegen in ihren Partnergemeinden beim Aufbau effektiver Gemeinderatsarbeit und Gemeindeverwaltung zur Seite stehen. Dieser Gedanke stellt relativ hohe Ansprüche an die Zusammenarbeit, mindestens hinsichtlich der sprachlichen und entwicklungspolitischen Kompetenz.

Die Realität der deutschen KEZ ist jedoch eine, die weniger auf die Unterstützung des politisch-administrativen Prozesses zielt, sondern in kontinuierlichen Beziehungen mit konkreten Kleinprojekten meist zur unmittelbaren Verbesserung der örtlichen Infrastruktur beitragen möchte. In diesem langfristig und partnerschaftlich angelegten Bereich hat die deutsche KEZ ihre derzeitigen Stärken. Für die Weiterführung von Kleinprojekten ist zudem in einem der ärmsten Länder der Welt immer ein Potenzial gegeben. Hierfür ist auch nicht zwingend eine enge Kooperation mit anderen Organisationen der EZ notwendig, allerdings könnte eine Abstimmung mit den größeren Geberorganisationen zur Qualitätssteigerung und Nachhaltigkeit beitragen. Dabei kann es schon genügen, die zentralen deutschen Organisationen über geplante Projekte zu informieren und damit die Möglichkeit zur beratenden Reaktion zu geben. Freilich kann nicht erwartet werden, dass GTZ oder DED generell einzelne Kleinprojekte der KEZ detailliert prüfen oder gar organisatorisch begleiten. Dafür reichen die Kapazitäten nicht aus. Gleichwohl sind einzelne Kooperationsmodelle möglich.

Ein gewisses Spannungsverhältnis ergibt sich aus der Dreiecksbeziehung mit Frankreich. Die Pariser Entwicklungspolitik bezieht die KEZ viel stärker in ihr Gesamtkonzept ein und stattet sie mit den entsprechenden finanziellen Mitteln aus. Die gezielte staatliche Förderung, der Sprachvorteil und die Ähnlichkeit der Selbstverwaltungsstrukturen machen es französischen Kommunen leichter, strukturberatend tätig zu werden und dabei notwendige Qualitätsstandards zu wahren. Vergleichbare Förderinstrumente sind von der deutschen Bundesregierung derzeit nicht vorgesehen. Ohne eine finanzielle und fachlich qualifizierende Unterstützung bleiben die faktischen Möglichkeiten der deutschen Kommunen in den allermeisten Fällen auf klar umrissene Kleinprojekte begrenzt. Damit sinkt auch die Wahrscheinlichkeit für effektive und effiziente Anschlussmöglichkeiten an größere deutsche EZ-Organisationen.

Dieses Spannungsverhältnis kann durch arbeitsteiliges Vorgehen zwischen französischen und deutschen Kommunen aufgelöst werden. Vor allem im Verbund mit einem deutschen, privatrechtlich organisierten Partnerschaftsverein als zentralem Träger der Beziehungen. Der Mehrwert der Dreieckskooperation bestünde dann im Dialog und in der gegenseitigen Abstimmung.

Mit den Partnerschaftsvereinen ist ein weiteres Spannungsverhältnis innerhalb der deutschen KEZ angesprochen. Die organisatorische Vielfalt in Deutschland ist groß. Mancherorts ist die Kommunalverwaltung das Zugpferd der Partnerschaft, mancherorts ein kleiner Kreis ehrenamtlicher Vereinsmitglieder. Andernorts besteht möglicherweise ein Mischverhältnis oder der Dualismus Kommune/Verein besteht gar nicht. Dabei ist keine Variante einer anderen generell überlegen. Wo die Trägerschaft der partnerschaftlichen Beziehungen auf deutscher Seite ganz ohne die Einbeziehung staatlicher, das heißt in diesem Fall kommunaler, Strukturen auskommt, kann jedoch nicht mehr von KEZ gesprochen werden. Es handelt sich dann um lokale NRO-Arbeit, die in ihrer Konzeption partnerschaftlich ausgerichtet ist. Kooperation im Bereich von Dezentralisierungsprogrammen großer staatlicher EZ-Agenturen wie der GTZ scheidet dann aus. Um das weitere Potenzial für koordinierte KEZ – noch dazu im Verbund mit Frankreich –

zu prüfen, wäre daher zunächst herauszufinden, wie viele „echte“ kommunale Partnerschaften zwischen deutschen und burkinischen Gemeinden bestehen. In einem zweiten Schritt könnte auch untersucht werden, ob die 33 bestehenden franko-burkinischen Städtepartnerschaften¹⁹ mit deutsch-französischen Beziehungen verknüpfbar wären. Das könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn die deutsche Partnerstadt einer französischen Gemeinde, die bereits Beziehungen nach Burkina pflegt, bislang noch nicht in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit engagiert ist (und nicht in Rheinland-Pfalz²⁰ liegt).

Die konkrete Zusammenarbeit mit französischen EZ-Agenturen kann aufgrund der bilateralen Ausrichtung nur über die französischen Partner erfolgen. Diese können auf die Beratung durch Cités Unies France (CUF) zugreifen und darüber hinaus auf den Service de Coopération et d'Action Culturelle der französischen Botschaft und die staatliche Entwicklungsagentur AFD zugehen. Eine unmittelbare Kooperation mit deutschen Kommunen würde den Rahmen der Botschaftsarbeit und der AFD höchstwahrscheinlich sprengen.

Im Rahmen des Pilotprojekts „Kommunale Dreieckspartnerschaften“ steht ausgewählten Modellkommunen eine personelle Unterstützung durch den DED zur Verfügung, die zur Beratung und Koordinierung von Vorhaben eingerichtet wurde²¹. Der DED ist für konkrete Durchführungsvorhaben der geeignete Ansprechpartner. Seine Personalkapazitäten beschränken sich jedoch auf die genannten Beratungsleistungen in Ouagadougou und auf mögliche Ansprechpartner in den Schwerpunktregionen der deutschen EZ, also in der Südwest- und der Ostregion. Abbildung 8 zeigt diese Regionen und verdeutlicht zugleich, dass nur eine der acht Modellpartnerschaften²² in den Schwerpunktregionen liegt. Eine praktische Vor-Ort-Kooperation mit deutschen staatlichen Durchführungsorganisationen ist daher derzeit nur im Ausnahmefall möglich.

Eine Ausweitung der personellen Unterstützung könnte im Rahmen der Aktion „Weltwärts“ der Bundesregierung gelingen. „Weltwärts“ entsendet deutsche Jugendliche mit finanzieller Unterstützung des BMZ in Entwicklungsländer, wo sie in konkreten Projekten unterstützend tätig werden sollen. Dieses Programm wird vom DED betreut, der einen Einsatz der jungen, motivierten Kräfte auch außerhalb der Schwerpunktregionen in Dreieckspartnerschaften grundsätzlich für denkbar hält. Allerdings befindet sich das Programm „Weltwärts“ erst im Aufbau und weitere Anpassungen der Modalitäten sind zu erwarten. Es wäre sinnvoll, wenn interessierte deutsche Kommunen versuchen würden, weltwärts gewandte Jugendliche aus der eigenen Gemeinde für einen Einsatz in der burkinischen Partnergemeinde zu begeistern und entsprechende Arrangements mit dem DED zu finden. So könnte ein direkter Bezug hergestellt werden, der gleichzeitig den Partnern vor Ort und der Nachwuchsgewinnung für die Partnerschaftsarbeit in Europa dienen könnte.

¹⁹ Also solche mit einem als „urban“ klassifizierten Partner auf burkinischer Seite, bei denen zumindest eine minimale Verwaltungsinfrastruktur als Ansatzpunkt für kommunale Entwicklungszusammenarbeit vorausgesetzt werden kann.

²⁰ Rheinland-pfälzischen Gemeinden ist vom Aufbau von Dreieckspartnerschaften mit Burkina Faso abzuraten, da dort seit 25 Jahren eine Landespartnerschaft mit der Republik Ruanda existiert, in die zahlreiche kommunale und privatrechtlich organisierte Partner einbezogen sind. Das Land Rheinland-Pfalz regelt die Rahmenbedingungen und stellt ein Koordinationsbüro für die Betreuung der Projektarbeit vor Ort zur Verfügung. Der Aufbau von Dreieckspartnerschaften mit Frankreich ist zwar auch dort grundsätzlich denkbar, aufgrund der schlechten bilateralen Beziehungen zwischen Paris und Kigali – die diplomatischen Beziehungen wurden Ende 2006 von Ruanda abgebrochen – sind Vorstöße in diese Richtung jedoch derzeit problematisch.

Nordrhein-Westfalen hat im Jahr 2007 eine Partnerschaft mit Ghana begründet. Sollte sich diese Partnerschaft strukturell in eine ähnliche Richtung bewegen wie das rheinland-pfälzische Konzept, wäre es auch für Gemeinden in NRW ratsam, sich auf das neue Partnerland zu konzentrieren. Aufgrund des britischen Kolonialhintergrundes Ghanas könnte diese Partnerschaft zu trilateralen kommunalen Beziehung unter Einschluss Großbritanniens einladen.

²¹ Als Ansprechpartnerin in Ouagadougou steht Frau Séverine Simon zur Verfügung. Deutscher Entwicklungsdienst, Büro Burkina Faso, 01 BP 351, Ouagadougou 01, Tel. +226-50.34.28.44 oder 50.39.30.20, bfa@ded.de.

²² Es handelt sich dabei um das Dreieck Fada-Ngourma (Ostregion)/ Epernay/ Ettlingen. Die Schwerpunktregionen sind zeitlich nach den Gründungen der Partnerschaften festgelegt worden. Die Dauer der Beibehaltung dieser Schwerpunktregionen ist mittelfristig nicht absehbar.

Abbildung 8: Schwerpunktregionen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands und Lage der Modellpartnerschaften



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage der Karte Nr. 4230 der Vereinten Nationen vom November 2004. Markierte Flächen = Schwerpunktregionen, Δ = Modellpartnerschaften.

Insgesamt erfordert eine engere Zusammenarbeit mit professionellen EZ-Agenturen klare Abstimmungen und verbindliche Absprachen über die Form der gegenseitigen Unterstützung. Der koordinierende Aufwand ist dabei nicht zu unterschätzen. Kooperation ist mithin kein Wert für sich. Dies ist bei den zugrundeliegenden Dreiecksbeziehungen anders. Während die reine Tatsache der Zusammenarbeit im Dreieck unter Partnern der gleichen Ebene (Kommunen) bereits eine Bereicherung für alle Seiten bedeutet, sollte bei der projektorientierten Zusammenarbeit mit Dritten (in diesem Fall wohl besser als „Vierte“ zu bezeichnen) besonderer Wert auf Effektivität und Effizienz gelegt werden. Je konkreter die Kooperation mit EZ-Agenturen, desto gewinnbringender ist sie für alle Seiten.

Ein guter Kontakt zu anderen, in der eigenen Partnergemeinde tätigen Akteuren der EZ ist jedoch immer von Vorteil und sei es nur zur Abstimmung von Projektideen, um doppelte oder konkurrierende EZ zu vermeiden. Bisweilen kommt es in Entwicklungsländern gelegentlich zu einem Gebermarkt, auf dem sich lokale Akteure bedienen, bis die möglicherweise von anderen aus guten Gründen abgelehnten Projektideen schließlich doch verwirklicht werden können. Dies diskreditiert professionelle Entwicklungspolitik und fördert die Nehmermentalität einiger Akteure in den Empfängerländern.

Eine bessere Vor-Ort-Abstimmung von Kleinprojekten sollte nicht über die Köpfe der burkinischen Partner hinweg geschehen. Ein erster Schritt könnte daher die grundsätzliche Information über die in der Partnergemeinde tätigen staatlichen und nichtstaatlichen EZ-Organisationen sein. Um die Aufstellung einer solchen Liste mit allen lokalen Akteuren der EZ in der jeweiligen Partnergemeinde können die jeweiligen Gemeindeverwaltungen durchaus gebeten werden. Auch wenn die notwendigen Informationen nicht unmittelbar vorliegen, müsste die Gemeindeverwaltung selbst ein großes Interesse an einem Überblick haben. Dieser dürfte sich schon durch strukturiertes Herumfragen erstellen lassen.

Immer mehr Gemeinden erstellen einen detaillierten kommunalen Entwicklungsplan, in dem Ziele, Prioritäten und konkrete Bedürfnisse bereits systematisch genannt werden. Die europäischen Partner sollten in jedem Fall erfragen, ob ein solcher Entwicklungsplan bereits vorliegt und sich ggf. ein Exemplar beschaffen. Teilweise liegen sehr detaillierte Gesamtdarstellungen der Gemeinde vor, sogenannte „*Monographies*“, die neben einer aktuellen Bestandsaufnahme auch Herausforderungen und mögliche Entwicklungspfade nennen²³.

Klassische Kleinprojekte sollten gedanklich von kommunalen Beratungstätigkeiten getrennt werden. Letztere erfordern eine Abstimmung mit den national agierenden EZ-Strukturen, die über eine reine Informationstätigkeit hinausgehen. Die Voraussetzungen für einen Kurzzeiteinsatz von kommunalem Fachpersonal zur Unterstützung des Dezentralisierungsprozesses sind aus den dargelegten Gründen (Sprachkompetenz, Ähnlichkeiten der Verwaltungsstruktur, Finanzierungsinstrumente) seitens der französischen Partner besser. Eine Einbindung deutscher Partner zur Fortentwicklung der Dreieckspartnerschaften ist dennoch denkbar. So könnte auch ein gemeinsamer Aufenthalt von französischen und deutschen Verwaltungsfachleuten sinnvoll sein, wenn sich die europäischen Partner zuvor eng abstimmen. Bedarf für angemessene Beratungsleistungen bei der kommunalen Finanzplanung und der Verwaltungsorganisation ist durchgängig vorhanden. Ein Beratungseinsatz setzt jedoch voraus, dass sich die europäischen Partner die Sensibilität solcher Interventionen im Selbstverwaltungsbereich stets vor Augen führen. Ein erster Schritt der Sensibilisierung könnte sein, sich selbst zu fragen, wie man in der eigenen Gemeinde externe Berater wahrnehmen würde, zumal wenn sie von einem anderen Kontinent kämen. Der große Vorteil bei einer Beratung durch kommunale Partner kann das häufig über lange Jahre gewachsene Vertrauensverhältnis untereinander sein. Diesen Vorteil bringen externe Berater anderer EZ-Organisationen nicht mit.

Auch die Einrichtung einer parlamentarischen Freundschaftsgruppe aus Gemeinderatsmitgliedern, die sich in Abgrenzung zu den Verwaltungsstrukturen zum gegenseitigen Kennenlernen der praktischen Ratsarbeit trifft, könnte ein gangbarer Weg sein, um die Entwicklung kommunaler Strukturen zu fördern. Eine solche trilaterale Gemeinderatsgruppe würde freilich besondere Anforderungen an die interkulturelle Kompetenz der teilnehmenden Europäer stellen. Die politischen Kulturen weichen deutlich voneinander ab und die Überforderungsgefahr der burkinischen Seite ist schon aufgrund der durchschnittlichen formalen Bildung groß. Ein Austausch auf Augenhöhe mit Respekt für das Wahlmandat wäre dennoch ein sinnvolles Vorgehen.

²³ Die Monographien und kommunalen Entwicklungspläne sind teilweise im Internet auf der Seite http://www.inforoute-communale.gov.bf/col_cadre1.htm im Kapitel „*Monographies*“ eingestellt (zuletzt aufgerufen am 15.11.2007).

4 Finanzierungsmöglichkeiten für deutsche Akteure kommunaler Entwicklungszusammenarbeit

Zur Finanzierung von trilateraler KEZ kommen grundsätzlich vier Geldquellen in Frage: (a) Öffentliche Gelder aus Deutschland, (b) öffentliche Gelder aus Frankreich, (c) Fördermittel der EU und (d) private Zuwendungen. Letztere dürften für die deutsche KEZ am wichtigsten sein.

a. Öffentliche Gelder aus Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland können öffentliche Mittel von verschiedenen staatlichen Ebenen in unterschiedlicher Form bereit gestellt werden. Im Bundeshaushalt sind jedoch im Gegensatz zum Budget der französischen Republik keine Mittel für die Projektarbeit im Rahmen von KEZ vorgesehen.

Unmittelbare Unterstützung könnten deutsche Gemeinden für (trilaterale) Jugendbegegnungen vom Auswärtigen Amt erhalten. Voraussetzung ist eine Eigenleistung der Gemeinde in Höhe von mindestens 1 000 Euro. Im Einzelfall könnten auch Mittel der deutschen Botschaft in Ouagadougou für Kleinprojekte beantragt werden. Der Botschaftshaushalt für derartige Maßnahmen ist jedoch begrenzt und unterliegt der individuellen Entscheidung vor Ort. Die Chancen auf Förderung sind daher ungewiss.

Um auch an Nichtregierungsorganisationen (NRO) gerichtete Finanzressourcen erschließen zu können, ist grundsätzlich die Gründung eines eingetragenen Partnerschaftsvereins anzuraten, selbst wenn dieser de facto als „Tochtergesellschaft“ der Gemeinde geführt wird. Privatrechtliche Partnerschaftsvereine können bei einer Eigenleistung in Höhe von 25 Prozent der Projektkosten über Bengo einen Förderantrag beim BMZ stellen. Die Beratungsagentur Bengo richtet sich ausschließlich an Nichtregierungsorganisationen, wird vom BMZ finanziert und ist in Trägerschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes organisiert²⁴. Sie soll den Umgang mit öffentlichen Fördermitteln erleichtern und in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit Auskünfte erteilen. Dabei arbeiten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen praxisorientiert. Auf der Internetseite werden zudem nach Ländern geordnet Nichtregierungsorganisationen aufgeführt, die in Zusammenarbeit mit Bengo bereits aktiv waren.

Neben der unmittelbaren Barförderung von Projekten vor Ort können auch Personalmittel in Anspruch genommen werden. Hinsichtlich der Unterstützung von Seiten des Bundes wurde bereits auf das Programm „Weltwärts“ hingewiesen. Im Personalbereich können aber auch die Kommunen selbst tätig werden. Ein ausführlicher Ratgeber des Deutschen Städtebundes und der GTZ klärt über die Bedingungen von Auslandseinsätzen kommunaler Mitarbeiter auf und nennt die beobachtbare Skepsis von deutschen Gemeinden gegenüber derartigen Entsendemaßnahmen unbegründet²⁵. Dienstrechtlich steht solchen Vorhaben nichts entgegen, allerdings wird auch im Ratgeber auf die unbedingte Notwendigkeit guter Vor- und Nachbereitung sowie Koordinierung mit anderen Akteuren der EZ hingewiesen.

Neben der Entsendung von Personal in die burkinische Partnergemeinde ist auch der inländische Personaleinsatz für viele Partnerschaften von vitaler Bedeutung. Eine hauptamtliche Partnerschaftsbeauftragte oder ein hauptamtlicher Partnerschaftsbeauftragter in der Gemeindeverwal-

²⁴ Bengo, Noeggerathstr. 15, 53111 Bonn, Postfach 7632, 53076 Bonn, Telefon: 0228 83001-00, Fax: 0228 83001-20, <http://www.bengo.de> (aufgerufen am 30.11.2007).

²⁵ Deutscher Städtebund/GTZ (Hg.) 2005: Ratgeber Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Köln, www.rgre.de/pdf/Ratgeber_KEZ.pdf (aufgerufen am 30.10.07; siehe auch im Literaturteil).

tung sichert die konstante Verfügbarkeit eines Ansprechpartners und entlastet vor allem organisatorisch die wertvolle ehrenamtliche Arbeit. Des Weiteren dürfen Kommunen im Allgemeinen auch freiwillige Aufwendungen für KEZ aus dem eigenen Haushalt leisten, es sei denn das entsprechende Bundesland lässt solche Ausgaben nicht zu. Daneben sind aber auch indirekte Zuwendungswege denkbar. So kann beispielsweise der Umweg einer Spende der stadt- oder kreiseigenen Sparkasse an den gemeinnützigen Partnerschaftsverein gegangen werden.

Auch die Bundesländer haben Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, setzen diese jedoch nach sehr unterschiedlichen Maßstäben ein. Es würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen, auf alle 16 Entwicklungspolitiken der Länder einzugehen.

b. Öffentliche Gelder aus Frankreich

Grundsätzlich gilt, dass die französischen Partnergemeinden in der Dreiecksbeziehung leichter öffentliche Mittel für KEZ eintreiben und aufwenden können. Die Hauptfinanzquelle für KEZ ist der jährliche kommunale Haushalt. Die Kommunen können überdies Kredite des Staates und der Regionen erhalten, um KEZ zu finanzieren. Zudem stehen für Burkina Faso Sondermittel aus dem Haushalt der französischen Republik für KEZ zur Verfügung, die über die französischen Botschaften beantragt werden können („*Enveloppe déléguée d'appui aux projet de coopération décentralisée*“). Deutsche Kommunen können selbstverständlich nicht auf diese Mittel zugreifen, so dass sie allenfalls im trilateralen Verbund davon profitieren können.

c. Fördermittel der Europäischen Union

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der EU mit Burkina Faso liegt mit jährlich etwa 40 Millionen Euro bei steigendem Trend über den bilateralen Hilfen aus Deutschland, aber unter den Hilfen aus Frankreich.

Daneben hat die EU ein „Thematisches Programm: Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“²⁶ eingerichtet, mit dem auch die KEZ gefördert werden kann. Das thematische Programm wurde im Jahr 2007 insgesamt mit 201 Millionen Euro ausgestattet. Von diesem Gesamtvolumen entfallen mindestens 85 Prozent²⁷ auf die EZ von Nichtregierungsorganisationen (nichtstaatliche Akteure) und 30 Millionen Euro auf die EZ von kommunalen Gebietskörperschaften (lokale Behörden). Das Volumen erscheint groß, verteilt sich aber nicht nur auf alle Empfängerländer, sondern auch auf alle EU-Mitgliedsstaaten. Ob das aufwändige Antragsverfahren für eine mittlere deutsche Kommune schulterbar ist, sollte daher sorgfältig abgewogen werden.

Insgesamt werden lokale Behörden sehr ähnlich behandelt wie nichtstaatliche Akteure, obwohl das Europäische Parlament (EP) in einer Entschließung vom 15.3.2007 ausdrücklich auf die Unterschiede hingewiesen und eine angemessene Berücksichtigung eingefordert hat. „Nach Auffassung des Parlaments ist es jedoch wichtig, klar zwischen der Besonderheit der lokalen Behörden gegenüber den „nichtstaatlichen Akteuren“ zu unterscheiden, und zwar in Bezug auf Kompetenzbereich, Legitimität und demokratische Kontrolle, Sachwissen im Bereich der Verwaltung der lokalen Angelegenheiten und Einbeziehung in die Durchführung der öffentlichen Politik.“ (Bulletin EU 03-2007, Ziffer 1.30.2., S. 115) Das Parlament spricht damit die fehlende demokratische Legitimation nichtstaatlicher Akteure an, die lokalen Behörden eigentlich einen

²⁶ Zentrales Dokument zum thematischen Programm: Mitteilung der Kommission KOM (2006) 19 vom 25.1.2006. EU-Haushaltsposten: Titel 21, Kapitel 03, Artikel 01; Teil des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit (DCI).

²⁷ Dieser hohe Anteil ist gesetzlich d.d. EG-Verordnung 1905/2006 festgelegt, also politisch ausdrücklich gewünscht.

höheren Stellenwert zukommen lassen müsste. Diese Feststellung ist insbesondere für diejenigen Länder von Bedeutung, die erst seit relativ kurzer Zeit demokratisch sind und daher noch nicht als vollständig konsolidierte Demokratien angesehen werden können. Hier kann die Bevorzugung nicht-legitimierter Akteure an den gewählten Handlungsträgern vorbei schlimmstenfalls zur Destabilisierung der demokratischen Strukturen beitragen.

In Burkina Faso ist die Situation schwieriger, da es sich (noch) nicht um ein demokratisches Regime handelt, die Kommunalwahlen aber immerhin einen ersten Ausdruck des Wählerwillens darstellen. Hier muss der Einzelfall betrachtet werden. Durch politischen Wettbewerb zustande gekommene und pluralistisch zusammengesetzte Gemeinderäte sollten unbedingt im Sinne der Entschließung des EP behandelt werden. In diesem Lichte sind auch die hauptsächlichsten inhaltlichen Gründe für die Auflegung des thematischen Programms zu sehen:

- Förderung von Demokratisierungsprozessen und politischer Partizipation;
- Vertrauensaufbau zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, der schließlich zu leistungsfähiger Zusammenarbeit führt (Stichwort: *Public Private Partnership, PPP*);
- Aufbau von Servicekapazitäten auf lokaler Ebene in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit, Sicherheit, Konfliktprävention und Katastrophenschutz (Stichwort: *Capacity Building*);
- Förderung von kreativer, basisnaher Eigeninitiative statt zu großer Vorgaben „von oben“ (Stichworte: *Ownership*, Hilfe zur Selbsthilfe);
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit und entwicklungspolitische Bildung innerhalb der EU.

Das europäische Finanzierungsinstrument zielt ausdrücklich auf „Vor-Ort-Maßnahmen“ ab und unterscheidet sich damit von den anderen verfügbaren öffentlichen Finanzierungsinstrumenten in der Bundesrepublik Deutschland, die vornehmlich Jugendbegegnungen und entwicklungspolitische Bildung im Inland fördern. Der Katalog der förderfähigen Maßnahmen im Empfängerland richtet sich nach den Zielen des Programms. Mithin sollen finanzierte Projekte in erster Linie auf die Stärkung von Partizipation oder den Aufbau von Fähigkeiten in den genannten Zielbereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit, Sicherheit, Konfliktprävention und Katastrophenschutz ausgerichtet sein. Daneben können aber auch entwicklungspolitische Bildungsmaßnahmen und die Vernetzung von EZ-Akteuren gefördert werden:

- „Mit dem größten Teil der finanziellen Zuweisungen werden Maßnahmen in Entwicklungsländern und -regionen unterstützt, die 1) die partizipatorische Entwicklung stärken und 2) zum Kapazitätsaufbau der betreffenden Akteure auf Länder- oder Regionalebene beitragen und 3) das gegenseitige Verständnis fördern. Diese Art der Intervention wird gegebenenfalls auch Maßnahmen umfassen, die auf die Erleichterung der aktiven Beteiligung der Bürger an Entwicklungsprozessen und auf den Ausbau ihrer Handlungskapazitäten abzielen;
- Sensibilisierung und Bildung im Entwicklungsbereich in der EU und in den beitretenden Ländern;
- Koordinierung und Kommunikation zwischen Netzen der Zivilgesellschaft und der lokalen Behörden innerhalb ihrer jeweiligen Organisationen, zwischen unterschiedlichen Arten von Interessensgruppen, die in der öffentlichen Entwicklungsdebatte aktiv sind.“²⁸

Anträge können von europäischen und betroffenen Gebietskörperschaften gestellt werden, das heißt entweder können die Partner in der EU Anträge formulieren oder die Partner aus der EU können ihren burkinischen Partnern helfen, solche Anträge selbst zu stellen. Die letztgenannte

²⁸ KOM(2006) 19, S. 10.

Variante ist anspruchsvoll, aber nachhaltiger, da sie gleichzeitig eigene Handlungsfähigkeit vor Ort aufbaut. Dreieckspartnerschaften dürften bei EU-Anträgen den Vorteil haben, im Geiste der Grundidee der Europäischen Union zugleich das europäische Miteinander zu fördern.

Leider ist die EU bekannt für recht aufwändige Antragsverfahren, so dass einige Energie in einen solchen Antrag investiert werden müsste. Zudem müssen Anträge in der Landessprache des Empfängerlandes, das heißt im Fall Burkina Fasos auf Französisch, gestellt werden.

Das EU-Team von Bengo hat im Internet eine ausführliche Linksammlung zu Verfahrens- und Grundlagendokumenten zusammengetragen, die zur umfangreichen Einarbeitung in das Thema EU-Förderung genutzt werden können. Anträge an die EU können jeweils im Rahmen einer offiziellen Ausschreibung (*Call for proposal*) erfolgen. Für Vor-Ort-Projekte im Rahmen des thematischen Programms sind die Vertretungen in den Zielländern zuständig, in diesem Falle also die EU-Delegation in Ouagadougou. Die EZ-Agentur Europeaid hat in diesem Jahr noch keinen solchen Aufruf für Burkina Faso veröffentlicht (<http://ec.europa.eu/europeaid/cgi/frame12.pl>). Als Orientierung könnte die Ausschreibung für das Nachbarland Côte d'Ivoire dienen, wo ein Gesamtbudget von zwei Millionen Euro ausgeschrieben wurde. Wenn man hier die 15 Prozent-Quote für KEZ anlegt, beläuft sich das Volumen auf 300 000 Euro.

Das EU-Team von Bengo empfiehlt unerfahrenen Antragstellern, bis mindestens Ende 2008 abzuwarten, bevor sie einen Antrag ins Auge fassen, damit erste Erfahrungswerte mit dem Instrument vorliegen. Zur Beratung von privatrechtlichen Partnerschaftsvereinen steht Bengo zur Verfügung, im Einzelfall ist das EU-Team aber auch bereit, gezielte Fragen von Kommunen zu beantworten.

d. Private Zuwendungen

Bei der Akquise privater Mittel ist Kreativität gefragt. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, auf lokaler Ebene Menschen dazu zu bewegen, einen Beitrag für die KEZ zu leisten. Der Weg der Projektfinanzierung über private Spenden hat den zusätzlichen Vorteil, dass er indirekt auch das Ziel entwicklungspolitischer Bildung im Inland bedient. Um Bürgerinnen und Bürger der Heimatgemeinde zum Spenden zu motivieren, bedarf es in aller Regel einer gewissen Information und Überzeugungskraft. Die Information hat dabei schon einen Wert an sich, da sich so mehr Menschen in Deutschland überhaupt mit Entwicklungsfragen befassen. Die Partnerschaft der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Ruanda macht es vor: Es gibt wohl kaum eine außerafrikanische Region, in der mehr Menschen aus allen Bevölkerungsteilen sich so stark mit einem bestimmten afrikanischen Land beschäftigen und damit für Entwicklungsproblematiken allgemein stärker interessiert werden. Die notwendige Überzeugungskraft, die man braucht um Spenden einzuwerben, führt gleichzeitig dazu, dass die Protagonisten der jeweiligen Partnerschaft sich stets kritisch mit den eigenen Leistungen auseinandersetzen. Privates Geld aus der eigenen Kommune ist weniger anonym als solches aus einem staatlichen oder gar europäischen Finanztopf.

Zudem sind private Spenden auch einfacher zu handhaben als öffentliche Fördermittel. Der mit letzteren häufig verbundene hohe Verwaltungsaufwand muss von der KEZ bewältigt werden. Ob eine deutsche Partnerkommune dazu die Kapazitäten aufbringen kann, muss im Einzelfall entschieden werden. Es sollte mitbedacht werden, dass eingeworbene Mittel auch ausgegeben werden müssen. Daher ist immer auch die Frage nach der allgemeinen Leistungsfähigkeit der Partnerschaftsstrukturen bei der Projektabwicklung mitzudenken. Eine gegenseitige Überforderung sollte vermieden werden.

Punktuelle Spendenaktionen sind oft erfolgreicher als das kontinuierliche Einwerben von Einzelspenden. Hier hat sich im Rahmen von partnerschaftlicher EZ herausgestellt, dass Schüleraktionen besonders geeignet sind. Die Einbindung von Schülerinnen und Schülern hat mehrere

Vorteile. Einerseits kann sie die erwünschte entwicklungspolitische Bildung im Schulunterricht fördern, andererseits spenden die Jugendlichen in der Regel nicht aus der eigenen Tasche, sondern versuchen die Eltern, Verwandten, Bekannten und Nachbarn zum Spenden zu bewegen. Bei diesen kann dadurch teilweise ein größeres Interesse an der Partnerschaftsarbeit erzeugt werden. Es ist außerdem denkbar, dass einige Bürgerinnen und Bürger über Schüleraktionen motiviert werden, in kommunalen Partnerschaftsvereinen Mitglied oder sogar aktiv tätig zu werden. Der größte Vorteil von Schüleraktionen ist die Verfügbarkeit von Erfahrungswerten und Materialien. Insbesondere eine gezielte Beteiligung an der Aktion Tagwerk (www.aktion-tagwerk.de) zugunsten der eigenen Partnergemeinde in Burkina Faso, möglicherweise auch im zeitgleichen Verbund mit dem französischen Dreieckspartner, könnte organisatorische Fragen erleichtern. Eine andere Form punktueller Aktionen können Benefizveranstaltungen sein. Der direkte Beitrag der Gemeinde könnte zum Beispiel die kostenfreie Bereitstellung der Räumlichkeiten sein.

Als kontinuierliche Aktion kommt beispielsweise die „Restcent-Initiative“ in Frage. So spendet ein Teil der öffentlichen Angestellten in Hamburg freiwillig die Centbeträge hinter dem Komma ihres Monatsnettolohns für die Partnerstadt in Nicaragua.

Denkbar ist auch eine Einbindung von in Deutschland lebenden Burkinerinnen und Burkinern in die Partnerschaftsarbeit. Diese haben in aller Regel noch sehr gute Kontakte in die Heimat, so dass sie als Informationsträger dienen können. Zudem übersteigen die sogenannten „*Remittances*“, also die weltweiten Rücküberweisungen der Diaspora an die Familien in der Heimat, inzwischen deutlich die offizielle Entwicklungshilfe. Es gibt also eine große Bereitschaft, die eigene Heimatregion zu unterstützen. Zwar handelt es sich bei den Remittances um eine Angelegenheit von Privatpersonen, die vornehmlich ihre Familien persönlich unterstützen wollen. Jedoch bilden sich in afrikanischen Großstädten inzwischen auch Kreise von Söhnen und Töchtern eines bestimmten Dorfes, die über eine feste, bezahlte Beschäftigung verfügen und mit gemeinsamer (finanzieller) Anstrengung Entwicklungsprojekte in ihrer Herkunftsgemeinde anstoßen. Ebenso könnten Auslandsburkiner daran interessiert sein, sich in eine deutsche Partnerschaftsstruktur mit ihrem Herkunftsort einzubringen. Eine Suche könnte über einen Aufruf auf den kommunalen Seiten im Internet, über die Deutsch-Burkinische Freundschaftsgesellschaft (www.dbfg.de) oder möglicherweise mit Hilfe der burkinischen Botschaft in Berlin²⁹ erfolgen.

Außerdem gibt es auch nicht-staatliche Förderwerke, die entwicklungspolitische Arbeit auf kommunaler Ebene fördern. Meistens jedoch in eher bescheidenem Umfang und in aller Regel nur für inländische Informations- bzw. Bildungsangebote. Die höchsten Leistungsobergrenzen haben der katholische Fond für weltkirchliche und entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (bis 15 000 Euro) und der Evangelische Entwicklungsdienst (bis 5 000 Euro). Weitere Auskünfte über ähnliche Fördertöpfe können bei den verschiedenen Landesnetzwerken für Entwicklungszusammenarbeit erfragt werden. Ein umfangreicher Finanzierungsratgeber von InWEnt wurde Ende 2007 umfassend aktualisiert.

²⁹ Botschaft Burkina Faso, Karolingerplatz 10-11, 14052 Berlin-Charlottenburg, Telefon: 030 3010599-0, Fax: 030 3010599-20.

5 Zusammenfassung: Erfolgchancen und Risiken kommunaler Dreieckspartnerschaften

Burkina Faso ist eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Die Gesundheitsversorgung ist miserabel, die Infrastruktur außerhalb der Großstädte ebenfalls. Hinsichtlich der Bildungsdefizite steht das Land nach offiziellen Erhebungen der Vereinten Nationen besonders schlecht da. Viele Menschen aus der ganzen Welt arbeiten hauptberuflich und mit spezieller Ausbildung daran, diese Situation zu verbessern. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit leistet – meist durch Kleinprojekte – ebenfalls ihren sinnvollen Beitrag. Sie trägt zugleich zur wichtigen Sensibilisierung der Bevölkerung in Europa für Entwicklungsfragen bei.

Die oft ehrenamtlich getragene kommunale Entwicklungszusammenarbeit und die „professionelle“ Entwicklungszusammenarbeit finden auf unterschiedlichen Ebenen statt, sind jedoch zwangsläufig miteinander verknüpft. Im hauptberuflichen Bereich arbeiten ausländische Experten mit qualifiziertem burkinischem Personal zusammen. Sie legen dabei viel Wert auf sogenannte „Ownership“, also das Bewusstsein der einheimischen Bevölkerung, selbst auf die Entwicklung des Landes einzuwirken und dafür verantwortlich zu sein, statt eine reine Nehmermentalität zu entwickeln. Angesichts der zahlreichen Entwicklungsdefizite kann die „professionelle“ Entwicklungszusammenarbeit jedoch nicht alle Herausforderungen gleichzeitig und gleich intensiv berücksichtigen. Es bleibt also immer Raum für eine sinnvolle Ergänzung durch die kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

Ein unmittelbarer Austausch zwischen Nord und Süd auf Augenhöhe, zwischen „normalen“ Bürgerinnen und Bürgern ist in Zeiten der Globalisierung gerade auf substaatlichen Ebenen grundsätzlich wertvoll. Die lokale Begrenzung von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit fördert den unmittelbaren Kontakt und setzt damit idealerweise an einer Stelle an, die im Verhältnis von ausländischen „Entwicklungsprofis“ und der „normalen“ Bevölkerung nur viel schwerer erreicht werden kann.

Das Finanzvolumen der Hilfe ist dabei sekundär. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit wird nie die großen Entwicklungsprobleme eines Landes beseitigen können. Schließlich ist sogar stark umstritten, ob alle Formen von Entwicklungszusammenarbeit überhaupt die großen Entwicklungsprobleme lösen können. Als Ergänzung zur multi- und bilateralen Entwicklungszusammenarbeit kann die kommunale Entwicklungszusammenarbeit jedoch unbürokratisch kleinere, konkrete Probleme lösen helfen, Kenntnisse vermitteln und Vertrauen schaffen. Alleine die Idee der freiwilligen Hilfe, die über Ehrenamt und nebenamtliches Engagement die deutsche kommunale Entwicklungszusammenarbeit charakterisiert, macht den Menschen in den Empfängerländern in nicht zu unterschätzender Weise deutlich, dass Entwicklungskooperation auch eine andere Dimension neben dem Geldtransfer hat. Prospektiv kommt es also weniger auf die – dennoch beachtlichen – materiellen Leistungen von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit an, als viel mehr auf die Qualität der Kooperation. Begegnung und Dialog sind vermutlich die größten Stärken der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Kleinprojekte im Infrastruktur- oder Bildungsbereich geben dazu häufig den geeigneten Rahmen.

Über die konventionelle bilaterale Partnerschaftsarbeit hinaus wurden zwei Weiterentwicklungsmöglichkeiten ins Spiel gebracht: Zum einen die Bedeutung nationaler Dezentralisierungsmaßnahmen für die kommunale Kooperation. Zum anderen die Etablierung von Dreieckspartnerschaften, die sich enger in ein Gesamtkonzept von Entwicklungszusammenarbeit einfügen.

Spricht man von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit, spricht man nicht automatisch von politischer Zusammenarbeit, jedoch immer von staatlichen – genauer: substaatlichen – Strukturen, die miteinander kooperieren. Diese Beziehung soll einerseits auf Augenhöhe stattfinden,

andererseits ist sie hochgradig asymmetrisch. Die Notwendigkeit zum würdigen Umgang unter Partnern muss nicht weiter erläutert werden. Die Asymmetrie erschwert die Partnerschaft auf Augenhöhe jedoch. Während europäische Kommunen letztlich immer (auch) als Geber auftreten, als gut funktionierende Gemeindeverwaltungen mit routinierten Abläufen, als etablierte Einheiten einer demokratischen Gesellschaft, sind die burkinischen Kommunen Nehmer von Unterstützungsleistungen und stehen erst am Anfang ihrer Selbstverwaltungsaufgaben.

Dezentralisierung ist in Burkina Faso ein relativ neues Phänomen und findet unter semi-demokratischen Bedingungen statt. Gerade wegen der beschriebenen Asymmetrie tragen die europäischen Partner eine Verantwortung für den bewussten Umgang mit dieser Grundsituation. Insbesondere drei Punkte sind zu beachten, die aufeinander aufbauen:

1. Die neuen Selbstverwaltungskompetenzen müssen be- und geachtet werden, um sie zu stärken und mittelfristig gute Kooperationspartner auf Augenhöhe zu gewinnen;
2. Nicht alle Verfahren, die in Deutschland selbstverständlich funktionieren, laufen in Burkina Faso schon reibungslos. Dennoch sollten die neuen Verantwortungsstrukturen keinesfalls umgangen werden, auch wenn es leichter und effizienter erscheinen mag;
3. Je stärker das unvermeidliche Geber-Nehmer-Verhältnis in ein kooperatives Verhältnis umgewandelt wird, desto größer ist die nachhaltige Wirkung der finanziell begrenzten kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Die neuen dezentralen Strukturen bieten zugleich eine Chance für verstärkte Zusammenarbeit auf einem für die meisten deutschen Partner neuen Feld der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Selbstverwaltung kann gezielt gefördert werden. Die Möglichkeiten reichen von einfachem Dialog bis hin zu gezielter Unterstützung durch Fachpersonal. Burkinische Gemeinden haben erstmals das Recht, eigene Außenbeziehungen in Form von kommunalen Partnerschaften zu knüpfen. Bei einer richtigen Einschätzung der Sachlage können solche Beziehungen zur demokratischen Entwicklung in der Fläche des Landes beitragen.

Dreieckspartnerschaften können diese ambitionierte Aufgabe erleichtern. Dreieckspartnerschaften selbst sind jedoch bereits ein ambitioniertes Vorhaben, zumal wenn man gemeinsam auf direkte oder indirekte Weise beratend tätig werden will. Allein die Abstimmung zwischen Deutschen und Franzosen kann eine Herausforderung sein, dazu kommen der notwendige Austausch und eine angemessene Abstimmung mit den großen EZ-Agenturen, die im Bereich Dezentralisierung tätig sind. Verantwortliche der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sollten daher stets sorgfältig abwägen, welche Projekte sie schultern können und an welcher Stelle die Überforderungsgefahr beginnt.

Weniger ist häufig mehr. Ein bescheidener Umfang von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit mit Kleinprojekten, Dialog und punktuellm Austausch ohne koordinationsaufwändige Einbeziehung großer EZ-Agenturen kann unter Umständen sinnvoller sein als überambitioniertes Vorgehen ohne Erfolgchance. Auch neue Elemente der Zusammenarbeit können in kleinem Rahmen ausprobiert werden – etwa eine Beratungstätigkeit für die im Aufbau befindliche kommunale Selbstverwaltung in Burkina Faso. Als Beispiel wurde die Gründung eines kleinen „parlamentarischen“ Freundeskreises von Kommunalabgeordneten aus Deutschland, Frankreich und Burkina Faso genannt, der nicht in erster Linie „helfen“ will, sondern zunächst zum informativen Austausch über die Gemeinderatsarbeit in den jeweils beiden anderen Kommunen einlädt. Größere Vorhaben der technischen Beratung (zum Beispiel im Bereich Haushaltsplanung) sind unter den richtigen Bedingungen natürlich ebenso denkbar.

Es ist keine Voraussetzung für gute kommunale Entwicklungszusammenarbeit, alle Details der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge eines Landes zu kennen. Ein erster Überblick und interessiertes Nachfragen helfen jedoch dabei, Schwierigkeiten besser zu verstehen, die europäischen Beobachtern fremd sind.

6 Annotierte Hinweise auf ausgewählte weiterführende Literatur und andere Informationsquellen

Die nachfolgende Übersicht weist auf ausgewählte Literatur und Informationsquellen hin und kommentiert diese. Einschlägige Publikationen in deutscher Sprache sind eher selten. Insbesondere die Literatur zu Burkina Faso ist meistens auf Französisch – oder eingeschränkt auf Englisch – verfasst.

Bertelsmann Stiftung (Hg.): Bertelsmann Transformation Index (BTI), www.bertelsmann-transformation-index.de (aufgerufen am 1.12.07).

Der BTI ist ein international vergleichendes Messinstrument für Demokratie und Marktwirtschaft. Von besonderem Interesse sind die Landesgutachten zu Burkina Faso, die eine umfangreiche Einschätzung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage in englischer Sprache kostenfrei zugänglich machen. Die aktuellen Gutachten des BTI 2008 wurden im Januar 2008 veröffentlicht.

BMZ (Hg.) 2002: Dezentralisierung und Stärkung lokaler Selbstverwaltung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, BMZ Spezial 52, www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial052/spezial052_90.pdf (aufgerufen am 15.10.07).

Das Positionspapier des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschreibt weltweite Dezentralisierung als Gegenstand deutscher Entwicklungspolitik. Das Papier ist auf aktives Regierungshandeln ausgerichtet und unterstreicht die politische Haltung der Bundesregierung, die Dezentralisierung normativ für ein positiv wirkendes Entwicklungsziel hält. Es scheut aber nicht, auch die Problemstellungen und Gefahren von der Aufgabenverlagerung auf substaatliche Ebenen zu benennen.

Deutscher Städtetag/Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit 2005: Ratgeber Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Hintergrundinformationen und praktische Tipps zu Auslandseinsätzen der kommen Entwicklungszusammenarbeit, www.rgre.de/pdf/Ratgeber_KEZ.pdf (aufgerufen am 31.10.2007).

Der Titel des Ratgebers weist bereits ausführlich auf sein Anliegen hin. Die Lektüre zeigt Kommunen Wege auf, wie eigenes Personal zu Einsätzen in der KEZ ins Ausland geschickt werden kann. Die dienstrechtlichen Hürden erweisen sich als geringer denn gemeinhin angenommen.

Gouvernement du Faso (Hg.) 2001-2006: Inforoute Communale Burkina Faso, www.inforoute-communale.gov.bf (aufgerufen am 1.12.07).

Die eigens eingerichtete Internetplattform der burkinischen Regierung bietet umfangreiche Informationen zum Dezentralisierungsprozess in französischer Sprache. Im Bereich „Textes Administratives“ sind die meisten gesetzlichen Grundlagen für die Dezentralisierung des Landes abrufbar, insbesondere das Kommunalgesetzbuch CGCT vom 21.12.2004 (http://www.inforoute-communale.gov.bf/textes1/cgct/lois/loi_n055-2004.htm). Im Bereich „Collectivités Locales >> Monographies“ findet man bereits zahlreiche Gesamtdarstellungen einzelner Gemeinden und kommunale Entwicklungspläne (zum Beispiel von Fada-Ngourma, Garango und Kongoussi). Diese können wertvolle Quellen für die Ausrichtung zukünftiger KEZ sein.

Hilgers, Mathieu und Jacinthe Mazzocchetti (Hg.) 2006: Le Dossier: „Burkina Faso: l’alternance impossible“, Politique Africaine, Nr. 101, http://www.politique-africaine.com/numeros/101_SOM.HTM (aufgerufen am 1.12.07).

Die Ausgabe der wissenschaftlichen Afrika-Zeitschrift Politique Africaine aus Frankreich aus dem Frühjahr 2006 befasst sich in sechs Artikeln mit der aktuellen politischen Situation in Burkina Faso. Ausgangspunkt sind die Präsidentschaftswahlen im Vorjahr. Ein Artikel befasst sich spezi-

ell mit dem Wahlverhalten in Koudougou, der drittgrößten Stadt des Landes, die zudem in eine der SKEW-Modellpartnerschaften eingebunden ist. Anders als die meisten wissenschaftlichen Fachzeitschriften ist *Politique Africaine* frei im Internet abrufbar.

Hofmeier, Rolf und Andreas Mehler (Hg.) 2005: Kleines Afrika-Lexikon – Politik, Wirtschaft, Kultur, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Das Lexikon der Herausgeber vom GIGA Institut für Afrika-Studien in Hamburg bietet in kompakter Form einen Überblick über die Lage Schwarzafrikas. Die Stichworteinträge umfassen alle Staaten südlich der Sahara sowie wichtige Institutionen und Begriffe aus der Entwicklungspolitik. Obwohl es schon einige Jahre alt ist, bietet es immer noch einen guten Einstieg. Das Lexikon ist für eine kleine Unkostenbeteiligung bei der Bundeszentrale für politischen Bildung (www.bpb.de) erhältlich.

InWEnt (Hg.) 2007: Kommunale Dreieckspartnerschaften, Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.4.2007, SKEW Material Nr. 26, Bonn.

Das Materialienheft der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt gibt einen guten Einblick in die Modellpartnerschaften des Dreiecks Deutschland/Frankreich/Burkina Faso. Es lässt deutlich erkennen, wie unterschiedlich die Dreiecksbeziehungen aufgebaut und inhaltlich aufgestellt sein können. Es kann aber auch Anregungen dafür geben, wie die Alltagsarbeit einer Dreieckspartnerschaft aussehen kann.

InWEnt/Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Hg.): Geldquellen für Nachhaltigkeit – der Ratgeber für Kommunen und NROs, <http://www.service-eine-welt.de/finanzierungsratgeber/finanzierungsratgeber-start.html> (aufgerufen am 1.12.07).

Der Finanzierungsratgeber hat zum Ziel, Kommunen und Nichtregierungsorganisationen mit vielen auf Länder-, Bundes-, und EU-Ebene vorhandenen Fördertöpfen für Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit vertraut zu machen. Eine Kurzbeschreibungen der Förderarten und Schwerpunkte erleichtert die Erstauswahl der zur Projektidee passenden Förderquellen; die angehängten und verlinkten Dokumente ermöglichen ein intensiveres Kennenlernen der jeweiligen Förderbedingungen. Da auch öffentliche Mittel zurückgehen, werden ebenso private Stiftungen und Sponsoringbeispiele vorgestellt. Der Ratgeber wurde Ende 2007 umfassend überarbeitet.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.) 2006: Mitteilung der Kommission, Thematisches Programm „Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“, Dokument KOM(2006) 19, http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0019de01.pdf (aufgerufen am 1.11.07).

Das offizielle Dokument der Europäischen Union beschreibt die grundsätzliche Ausrichtung des neuen Finanzierungsinstruments für Entwicklungszusammenarbeit, mit dem auch kommunale Partnerschaften gefördert werden können. Der Aufruf zur Bewerbung um Mittel (call for proposal) und die Aufstellung von konkreten Durchführungsbestimmungen ergeht durch die EU-Delegation vor Ort, hier also die Vertretung in Ouagadougou.

Mehler, Andreas, Henning Melber und Klaas van Walraven (Hg.) 2007: Africa Yearbook 3, Politics, Economy and Society South of the Sahara 2006, Leiden: Brill.

Das englischsprachige Afrika-Handbuch erscheint jährlich. Es enthält aktuelle Länderberichte zu allen Staaten des subsaharischen Afrika, auch zu Burkina Faso. Die Autoren sind europäische und afrikanische Wissenschaftler und Länderexperten, die für eine breite Afrika-interessierte Zielgruppe schreiben.

Présidence du Burkina Faso: Accueil internet, www.presidence.bf (aufgerufen am 1.12.07).

Der Internetauftritt des burkinischen Staatspräsidenten informiert zeitnah über Regierungsstandpunkte. Von dieser Seite aus erreicht man die Seiten zahlreicher anderer staatlicher Einrichtungen, zum Beispiel der Ministerien und des Parlaments.

Sawadogo, Raogo Antoine 2001: L'Etat africain face à la décentralisation, Paris: Karthala.

Der burkinische Sozialanthropologe hat die bislang wohl umfangreichste Studie zum Dezentralisierungsprozess in Burkina Faso vorgelegt. Die Geschichte der Dezentralisierung und die Grundlage des burkinischen Modells werden von Sawadogo, der von 1994 bis 1997 zuständiger Minister für Dezentralisierung in Ouagadougou war, umfassend vorgetragen. Die letzten Änderungen und Präzisierungen der Kommunalgesetzgebung sind allerdings erst nach dem Erscheinen des Buches vorgenommen worden, so dass es in Teilen der Faktenlage veraltet ist.

United Nations Development Programme [UNDP] 2007: Human Development Report 2007/2008, Fighting climate change: Human solidarity in a divided world, <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2007-2008> (aufgerufen am 1.12.07).

Der jährliche Weltentwicklungsbericht bieten neben dem thematisch wechselnden Textteil (aktuelles Thema: Klimawandel) einen umfangreichen Datenanhang, aus dem der Entwicklungsstand Burkina Fasos entnommen und vergleichend eingeordnet werden kann.

Zeitungen und Nachrichten aus Burkina Faso im Internet:

- „Sidwaya“, staatliche Tageszeitung, www.sidwaya.bf
- „L'Observateur Paalga“, private Tageszeitung, www.lobservateur.bf
- „Le Pays“, private Tageszeitung, www.lepays.bf
- „L'Indépendant“, private Wochenzeitung, www.independant.bf
- „Journal du Jeudi“, satirische Wochenzeitung, www.journaldujeudi.com
- „Le Faso“, burkinisches Internet-Nachrichtenportal, www.lefaso.net
- „AllAfrica“, unabhängiges Internet-Nachrichtenportal, fr.allafrica.com/burkinafaso

Anhang

Abkürzungen

ADF/RDA	Alliance pour la démocratie et la fédération/ Rassemblement démocratique africain (Allianz für Demokratie und Föderation/Afrikanisch-demokratische Sammlungsbewegung)
AFD	Agence française du développement (Französische Entwicklungsagentur)
AJD	Alliance pour la justice et la démocratie (Allianz für Gerechtigkeit und Demokratie)
AMBF	Association des Municipalités du Burkina Faso (Gemeindeverband Burkina Fasos)
AN	Assemblée nationale (Nationalversammlung)
AOF	Afrique de l'ouest française (Französisch Westafrika)
BCEAO	Banque centrale des États de l'Afrique de l'ouest (Zentralbank der Staaten Westafrikas)
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BTI	Bertelsmann Transformation Index
CENI	Commission Electorale Nationale Indépendante (Unabhängige Nationale Wahlkommission)
CDP	Congrès pour la démocratie et le progrès (Kongress für Demokratie und Fortschritt)
CFD	Convention des forces démocratiques (Konvent der demokratischen Kräfte)
CFR	Coalition des forces républicaines (Koalition der republikanischen Kräfte)
CGCT	Code général des collectivités territoriales (Kommunalgesetzbuch)
CLJ	Comité local de jumelage (lokales Partnerschaftskomitee)
CNJ	Comité national de jumelage (nationales Partnerschaftskomitee)
CONACOD	Commission nationale de la coopération décentralisée (Nationale Kommission für dezentralisierte Zusammenarbeit)
CSMOD	Cadre Stratégique de Mise en Œuvre de la Décentralisation (Strategischer Rahmen für die Umsetzung der Dezentralisierung)
CUF	Cités Unies France (französischer Städteverband)
DCI	Development Cooperation Instrument (Instrument für Entwicklungszusammenarbeit)
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
EP	Europäisches Parlament
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FFS	Front de forces sociales (Front der sozialen Kräfte)
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GIGA	German Institute of Global and Area Studies (Leibniz-Institut für globale und regionale Studien)
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit

InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
IWF	Internationaler Währungsfonds
KEZ	Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
LDC	Least Developed Countries (am wenigsten entwickelte Länder)
MATD	Ministère de l'Administration Territoriale et de la Décentralisation (Ministerium für Territorialverwaltung und Dezentralisierung)
MBDHP	Mouvement burkinabè des droits de l'Homme et du peuple (Burkinische Bewegung für Menschenrechte)
MPS/PF	Mouvement du peuple pour le socialisme/ Parti fédéral (Volksbewegung für den Sozialismus/ Föderale Partei)
NDS	Nouvelle démocratie sociale (Neue soziale Demokratie)
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODP/MT	Organisation pour la Démocratie Populaire/ Mouvement du Travail (Organisation für die Volksdemokratie/ Arbeiterbewegung)
ODT	Organisation pour la démocratie et le travail (Organisation für Demokratie und Arbeit)
PAI	Parti africain de l'indépendance (Afrikanische Unabhängigkeitspartei)
PAREN	Parti de la renaissance nationale (Partei der nationalen Erneuerung)
PDP/PS	Parti pour la démocratie et le progrès/ Parti socialiste (Partei für Demokratie und Fortschritt/ Sozialistische Partei)
PDS	Parti pour la démocratie et le socialisme (Partei für Demokratie und Sozialismus)
PDDC	Programme Décentralisation et Développement Communal (Dezentralisierungs- und Kommunalentwicklungsprogramm)
PPP	Public Private Partnership
RAV	Responsable administratif du village (Dorfvertreter der Zentralverwaltung)
RDB	Rassemblement pour le Développement du Burkina (Versammlung für die Entwicklung Burkina Fasos)
RDF	Rassemblement des Démocrates pour le Faso (Versammlung der Demokraten Burkina Fasos)
SKEW	Servicestelle Kommunen in der einen Welt
TZ	Technische Zusammenarbeit
UEMOA	Union économique et monétaire ouest-africaine (Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion)
UNDD	Union Nationale pour la Démocratie et le Développement (Nationale Union für Demokratie und Entwicklung)
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
UNIR/MS	Union pour la renaissance/ Mouvement sankariste (Union für Erneuerung/ Sankaristische Bewegung)
UPR	Union pour la République (Union für die Republik)
VN	Vereinte Nationen

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1 Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
 - Heft 2 Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
 - Heft 3 Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
 - Heft 4 Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
 - Heft 5 Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
 - Heft 6 Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
 - Heft 7 Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004. [vergriffen]
 - Heft 8 Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
 - Heft 9 Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
 - Heft 10 Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
 - Heft 11 Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
 - Heft 12 Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
 - Heft 13 Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005. [vergriffen]
 - Heft 14 Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
 - Heft 15 Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
-

- Heft 16 Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007.
- Heft 17 Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
- Heft 18 UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.

Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 1 Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch. [vergriffen]
- Nr. 2 Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call. [vergriffen]
- Nr. 3 Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 4 Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 5 Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 6 Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7 Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8 Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9 Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 10 ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11 Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12 ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13 Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14 Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.
- Nr. 15 ModeratorInnen-Briefing. Thementeams bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16 Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17 Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
-

- Nr. 18 Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 19 Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20 Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 7.12.2005. Dokumentation.
- Nr. 21 Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006.
- Nr. 22 Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.
- Nr. 23 Viertes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 18.12.2006.
- Nr. 24 Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten.
- Nr. 25 Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
- Nr. 26 Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
- Nr. 27 Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.
- Nr. 28 Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation eines Seminars vom 28.08.2007. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 29 Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 30 5. Treffen Bürgerhaushalt. Bonn, Februar 2008.
- Nr. 31 Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Gutachten zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens. Bonn, April 2008.

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003) [vergriffen]
 - Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003) [vergriffen]
 - Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004) [vergriffen]
 - Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]
 - Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005) [vergriffen]
 - Südafrika 2010 – Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (2007) [Englisch und Deutsch]
-

Sonstige Publikationen der Servicestelle

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle [Englisch und Deutsch]
- Kurzprofil der Servicestelle [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Dokumentationen „Petersberger Gespräch“/“Petersberg Dialogue“ am 18.6.2002. [vergriffen]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
- UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch)
- Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
- No Excuse 2015. Aktiv vor Ort – Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005.
- Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle

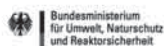
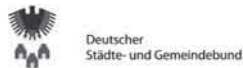
- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
 - Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
 - Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
 - Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
 - Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes „Kommunen in der Welt“. Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
 - Documentation „Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation.“ 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
 - Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch] [vergriffen]
-

- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26th March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007.
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen **Eine-Welt-Nachrichten** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

<http://www.service-eine-welt.de/ewn/ewn-aktuell.html>

The screenshot shows the website interface for 'Serviceestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt - Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH'. The main heading is 'EINE WELT BEGINNT VOR ORT.' Below this, there is a navigation menu with links for 'Aktuelles', 'Themen und Projekte', 'Publikationen', 'Finanzierungsratgeber', 'Moderatoren', 'Veranstaltungen', and 'Wettbewerbe'. A search bar is located on the right side of the page. The main content area features an article titled 'Eine-Welt-Nachrichten Nr. 75 | April 2008'. The article text discusses rising food prices and their impact on vulnerable populations, mentioning the World Bank and the Millennium Development Goals. A sidebar on the right contains sections for 'Abonnieren' (Subscribe) and 'Newsletter-Archiv' (Newsletter Archive).



Die Servicestelle in der InWent gGmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und der Stadt Bonn.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund,

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Industrie- und Handelskammer Ostthüringen, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und Deutsche UNESCO-Kommission e.V.